



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 89 Okt./2 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Die Mitschuld des Westens am Angriff der Hamas

von Anti-Spiegel – Thomas Röper, 10. Oktober 2023 13:28 Uhr

Der Angriff der Hamas ist schrecklich und natürlich durch nichts zu rechtfertigen, weil er in erster Linie zivilen Zielen gilt. Trotzdem, oder gerade deshalb, muss man über die Gründe dafür reden. Dabei zeigt sich, dass der Westen eine Mitschuld an dem Krieg in Israel trägt.

Westliche Medien sind wieder im Modus der Kriegspropaganda und stellen die Palästinenser pauschal als Terroristen da. Die Berichte westlicher Medien sind einseitig und emotional und sie handeln fast ausschliesslich von dem Leid, das die Hamas den Menschen in Israel zufügt. Im Spiegel tragen die Artikel Überschriften wie «Hamas-Angriff auf Israel – »Sie wollen uns auslöschen« und beschäftigen sich sehr emotional mit Einzelschicksalen von Israelis.

Der Westen ist parteiisch

Was dabei kritisierenswert ist, ist die Tatsache, dass es in westlichen Medien solche Artikel fast nie über die Schicksale der Palästinenser gab, die seit 70 Jahren unter der israelischen Besatzung leiden. Palästina ist geteilt, die Menschen dort sind faktisch rechtlos, Israel regelt die Palästinensergebiete regelmässig und

willkürlich ab und klaut ihnen mit seiner als illegal angesehenen Siedlungspolitik ihr Land. Aber das Leid der Palästinenser spielt in den westlichen Medien praktisch keine Rolle.

Der Westen steht ganz klar und parteiisch auf der Seite Israels, was eine Friedenslösung unmöglich macht. Der Westen ignoriert die illegalen Besetzungen von Land, seien es die Golanhöhen oder Gebiete der Palästinenser. Auf diese Weise bleibt den Palästinensern, die seit Jahrzehnten in Rechtlosigkeit und Perspektivlosigkeit leben, kaum eine andere Wahl, als mit Verzweiflungstaten zu reagieren.

Ich sage es ganz klar: Bewusste Angriffe auf Zivilisten sind durch nichts zu rechtfertigen und ich will den Terror, mit dem die Hamas derzeit Israel überzieht, keineswegs schönreden, sondern bin davon genauso schockiert, wie die meisten von uns. Aber zur Wahrheit gehört leider auch, dass Israel gegenüber den Palästinensern auch Methoden des willkürlichen Terrors anwendet.

Dass die Palästinenser Wohngebiete in Israel mit Raketen beschossen, rechtfertigt nicht, dass Israels Luftwaffe ganze Hochhäuser mit Wohnungen im Gazastreifen sprengt. Aber genau das passiert und weder der Terror der Hamas gegen israelische Zivilisten, der sich auf dem viele Jahrzehnte andauernden Konflikt begründet, noch der Terror Israels gegen palästinensische Zivilisten ist durch irgendetwas zu rechtfertigen.

Im Gazastreifen gibt es bereits 180'000 Binnenflüchtlinge, die ihre Wohnungen verlassen mussten oder verloren haben, aber aus irgendeinem Grund gibt es in westlichen Medien wie dem Spiegel keine emotionalen Berichte über die Schicksale dieser Menschen. Israel hat eine vollständige Blockade des Gazastreifens verkündet, was bedeutet, dass keine Lebensmittel mehr geliefert werden, dass die Stromversorgung nicht gewährleistet ist und dass die Flüchtlinge keine Möglichkeit haben, den Gazastreifen, der von der israelischen Luftwaffe bombardiert wird, zu verlassen. Aber in westlichen Medien gibt es keine emotionalen Berichte darüber, was das für die betroffenen Menschen bedeutet.

Diese offen einseitige und parteiische Berichterstattung der westlichen Medien trägt eine Mitschuld an diesem und früheren Kriegen in der Region. Würden die westlichen Medien seit Jahrzehnten genauso emotional über das Schicksal und Leid der Palästinenser berichten, wie sie über das Schicksal und Leid der Israelis berichten, würde die öffentliche Meinung Druck auf die westlichen Regierungen ausüben, den Konflikt endlich zu beenden.

Menschen leiden auf beiden Seiten

Wenn Israelis gegen den Terror von Palästinenser-Organisationen protestieren, haben die westlichen Medien dafür Verständnis. Über Demonstrationen von Palästinensern gegen den israelischen Terror wird hingegen ganz anders berichtet, der Spiegel titelte beispielsweise «Terror im Nahen Osten: Hassdemos weltweit – aber auch Solidarität mit Israel». Aber wo ist die Solidarität des Westens mit den Palästinensern, wenn Israel UN-Resolutionen ignoriert und die Palästinenser ihrer Menschenrechte beraubt?

Man kann die Menschen auf beiden Seiten verstehen, gerade deshalb wäre so wichtig, dass die westlichen Medien auch beide Seiten zu Wort kommen lassen. Wie sonst soll es irgendwann mal Frieden und Versöhnung geben?

Die Mitschuld des Westens

Durch seine einseitige Unterstützung Israels hat sich der Westen an dem Leid im Nahen Osten mitschuldig gemacht. Natürlich hat Israel das Recht auf die Existenz seines Staates, das bestreitet kein vernünftiger Mensch, aber warum tritt der Westen nicht genauso kompromisslos für das Existenzrecht eines palästinensischen Staates ein?

Für ein Ende des Konfliktes gibt es nur eine Lösung: Der Westen muss Israel dazu drängen, endlich die Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren. Die Palästinenser brauchen einen unabhängigen Staat in ihren alten Grenzen, denn in den heute faktischen Grenzen wäre so ein Staat nicht lebensfähig.

Man stelle sich einmal vor, der Westen hätte Israel dazu gedrängt, der Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zuzustimmen und der Westen hätte dann nur fünf Prozent der Summe, die er der Ukraine überweist, jährlich dem palästinensischen Staat als Wirtschaftshilfe überwiesen, damit er eine wirtschaftliche Perspektive hat.

Dass die Menschen in Palästina eine Perspektive sehen, dass sie zu Wohlstand kommen, ist das einzige Rezept, den Terroristen das Wasser abzugraben. Sie rekrutieren ihre Kämpfer aus dem endlosen Heer der verzweifelte Menschen, das die vom Westen unterstützte israelische Palästina-Politik erschaffen hat.

Solange der Westen Israel einseitig unterstützt, ist er ein Teil des Problems, aber ganz sicher kein Teil der Lösung.

Palästina hat offiziell knapp fünf Millionen Einwohner. Solange die keine Perspektive haben, wird der Konflikt weitergehen. Man kann nicht ignorieren, dass es diese fünf Millionen Menschen gibt, und man fragt sich, was die israelische Regierung und der Westen wollen. Sollen diese Menschen einfach verschwinden? Aber wohin?

Ich will den Gedanken nicht zu Ende denken.

Kritik an der israelischen Regierung?

Im Westen ist es üblich, jede Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch zu bezeichnen. Das ist natürlich Unsinn, denn wenn jemand die französische Regierung kritisiert, wird er nicht als anti-französisch bezeichnet. Und wer die deutsche Regierung kritisiert, ist nicht anti-deutsch. Eher im Gegenteil, denn derzeit handelt die deutsche Regierung offen gegen die Interessen der Menschen in Deutschland, wie alle Umfragen zeigen.

Das gleiche gilt auch für Israel. In meinen Augen handeln die israelischen Regierungen der letzten Jahre oder Jahrzehnte anti-israelisch, denn sie tun nichts, um den Konflikt zu lösen. Dass die Unterdrückung der Palästinenser keine Probleme löst, sondern nur Probleme schafft, müssten die letzten 70 Jahre doch zur Genüge bewiesen haben.

Auch die Menschen in Israel wollen in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben, aber Frieden wird es nur geben, wenn sie eine Lösung finden, die auch den Palästinensern Freiheit, Frieden und Wohlstand ermöglicht. Solange die israelischen Regierungen das verhindern, handeln sie in meinen Augen anti-israelisch und gegen die Interessen der Menschen im eigenen Land.

Wie Frieden möglich wäre

Viele wenden ein, wenn morgen ein lebensfähiger palästinensischer Staat entsteht, würde es Jahrzehnte dauern, bis Frieden und Versöhnung einkehren, weil die Wunden zu tief sind, die man sich dort gegenseitig zugefügt hat.

Das halte ich für falsch, denn es gibt Beispiele dafür, dass so etwas schneller möglich ist. Nehmen wir Deutschland und Frankreich, die 70 Jahre lang «Erbfeinde» waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die französischen und deutschen Regierungen auf Versöhnung gesetzt, sie haben den Jugendaustausch gefördert und nach wenigen Jahren haben deutsche und französische Jugendliche und Studenten zusammen für ein einiges Europa demonstriert und symbolisch Schlagbäume an der französisch-deutschen Grenze eingerissen.

Das wäre auch im Nahen Osten möglich, wenn man endlich entschlossen die ersten Schritte in diese Richtung machen würde. Ja, es würde trotzdem zehn oder fünfzehn dauern, bis israelische und palästinensische Jugendliche sich so begeistert zusammenfinden, wie es deutsche und französische Jugendliche in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts getan haben.

Aber was ist denn die Alternative dazu? Noch mal 70 Jahre Krieg, Leid und Unterdrückung in der Region? Oder gar die Auslöschung des palästinensischen Volkes? Das kann doch niemand wollen!

Wäre der Westen wirklich am Frieden interessiert, würde er entsprechend handeln. Stattdessen investiert er in Waffen, anstatt in Verständigung und Versöhnung.

Der Westen zerstört die Ukraine für seine geopolitischen Interessen

von Anti-Spiegel – Thomas Röper, 9. Oktober 2023, 17:08 Uhr

Aktuelle Äusserungen westlicher Politiker haben es erneut bestätigt: Der Westen zerstört die Ukraine für seine geopolitischen Interessen. Es ist inzwischen mehr als fraglich, ob am Ende der Kämpfe überhaupt noch ein lebensfähiger ukrainischer Staat übrigbleibt.



Ich habe es schon oft erklärt, aber ich weise einleitend noch einmal darauf hin, dass die USA die Ukraine nur benutzen, um zu versuchen, ihr Ziel zu erreichen, nämlich Russland entscheidend zu schwächen. Das sagen die Thinktanks, die die US-Außenpolitik schreiben, ganz offen. In den USA wird zynisch vorgerechnet, dass es eine «hervorragende Investition» war, weniger als zehn Prozent des US-Verteidigungshaushaltes zur

Unterstützung der Ukraine auszugeben, was ihrer Meinung nach die militärischen Fähigkeiten Russlands geschwächt hat, wofür aber kein einziger US-amerikanischer Soldat gestorben ist.

Wessen Interessen?

Von diesen Äusserungen erfährt man zwar nichts in den deutschen Medien, aber wer die deutschen Medien aufmerksam liest, der versteht trotzdem, dass die Ukraine nur ein Instrument der US-Politik gegen Russland ist. Deutsche Politiker erklären, die Ukraine kämpfe für «unsere Freiheit» und müsse deshalb unterstützt werden. Da Russland nie einen EU- oder NATO-Staat (und erst recht nicht Deutschland) bedroht hat, kann man das Wort «Freiheit» durch das Wort «Interessen» austauschen, und schon steckt in dem Satz die ganze Wahrheit: «Die Ukraine kämpft für unsere Interessen und muss deshalb unterstützt werden», sagen diese deutschen Politiker in Wahrheit.

Wobei man auch hier ehrlich sein muss, denn es geht weder um die deutschen noch um die europäischen Interessen, denn was sind die Interessen Deutschlands und Europas? Die Interessen der Menschen in Deutschland und Europa sind, in Frieden und Wohlstand zu leben. Was wir aber derzeit erleben, ist, dass der deutsche und europäische Wohlstand durch die Russland-Sanktionen zugrunde gerichtet wird und dass sogar der Frieden in Europa in Gefahr ist. Beides ist eindeutig nicht im Interesse der Menschen in Deutschland und Europa.

Wer nun einwendet, dass es doch Russland war, das die Ukraine angegriffen hat, der sei daran erinnert, was der vielleicht wichtigste Grund für Russlands Eingreifen war: Das war die Frage des NATO-Beitritts der Ukraine, den Russland als Gefahr für seine Sicherheit ansieht. Man kann das anders sehen, aber man muss sich fragen, ob der NATO-Beitritt der Ukraine so wichtig war, dass dafür hunderttausende Menschen sterben mussten und weiterhin sterben, und dass dafür der Wohlstand Deutschlands und Europas zerstört wird.

Anders gefragt: Ist die Frage, ob die Ukraine in die NATO kommt, für alle Unterstützer der westlichen Politik so wichtig, dass sie dafür bereit sind, auf ihren bisherigen Wohlstand verzichten? Ich bin mir sicher, dass diese Frage nur eine sehr kleine Minderheit im Westen mit «Ja» beantworten würde.

Die USA hingegen, die der EU den politischen Kurs vorgeben, sind die Gewinner der Eskalation. Deutsche und europäische Industriekonzerne verlegen ihre Produktion aus Europa in die USA, der wirtschaftliche Konkurrent Europa wird geschwächt, die USA werden gestärkt. Vor allem die US-Rüstungsindustrie ist in Feierlaune, denn so volle Auftragsbücher wie derzeit hatte sie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr.

Der Westen zerstört die Ukraine

Es sei daran erinnert, dass schon Ende März 2022 ein Frieden in greifbarer Nähe war, als die Ukraine Russland einen Vorschlag vorgelegt hat, der für Russland akzeptabel war und unter anderem den Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt vorsah. Wenige Tage später reiste der damalige britische Premierminister Johnson nach Kiew und machte Selensky klar, dass der Westen an einem Ende der Kampfhandlungen nicht interessiert war, und brachte das bis dahin grösste Militärhilfepaket mit, damit die Ukraine weiterkämpfen konnte.

Auf ihrem Gipfel in Vilnius im Sommer 2023, also etwas über ein Jahr später, hat die NATO den Beitritt der Ukraine faktisch abgelehnt. Das wichtigste Thema, um das es ursprünglich ging, ist also vom Tisch, trotzdem drängt der Westen nicht auf ein Ende der Kämpfe, sondern liefert weiterhin Waffen und finanziert die Selensky-Regierung. Westliche Politiker fordern sogar, Kiew solle die Bemühungen, mehr Kämpfer für die Front zu rekrutieren, verstärken und auch Alte, Behinderte und Jugendliche in den Kampf schicken.

Das macht den Eindruck, als tue der Westen genau das, was er Russland vorwirft: Er vernichtet die Ukraine als Staat.

Sollte es nach den Kampfhandlungen noch einen ukrainischen Staat geben, was keineswegs sicher ist, dann stellt sich die Frage, wie der existieren soll. Die Ukraine ist inzwischen mit einem Vielfachen ihres BIP verschuldet, sie ist faktisch pleite und wird auch im Frieden nicht ohne finanzielle Zuwendungen des Westens existieren können.

Hinzu kommt, dass in der Ukraine kaum noch jemand übrig ist, der in der Wirtschaft arbeiten könnte. Von den einst über 40 Millionen Einwohnern der Ukraine sind wegen der Armut und dem Krieg im Donbass nach 2014 schon Millionen Menschen aus dem Land geflohen, um in Russland oder der EU (vor allem in Polen) ihr wirtschaftliches Glück zu suchen. Nach Beginn der russischen Militäroperation sind noch einmal viele Millionen Menschen geflohen. Nach Schätzungen leben jetzt nur noch unter 20 Millionen Menschen in der Ukraine. Die Details dazu können Sie in diesem Artikel nachlesen, in dem sie auch sehen werden, dass ich mit meiner pessimistischen Einschätzung nicht alleine dastehe, sondern dass auch westliche Experten zu dem Schluss kommen, dass die Ukraine aufgrund des Bevölkerungsrückganges kaum in der Lage sein wird, sich selbst zu versorgen.

Hinzu kommt, dass selbst die EU zugibt, dass die meisten ukrainischen Flüchtlinge, die seit Februar 2022 in die EU geflohen sind, nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren werden. Dort erwartet sie Armut und Perspektivlosigkeit, während sie in der EU alimentiert werden oder Arbeit suchen können.

Dass der Westen die ukrainische Regierung in dieser Situation dazu drängt, auch noch die letzten arbeitsfähigen Männer (und auch schon Frauen aus bestimmten Berufsgruppen) an die Front einzuziehen, bedeutet, dass der Westen den ukrainischen Staat im wahrsten Sinne des Wortes opfert.

Zwischen Polen und der Ukraine geht nichts mehr

von Thierry Meyssan, VOLTAIRE NETZWERK | PARIS (FRANKREICH) | 3. OKTOBER 2023

Polen, das bisher ein treuer Verbündeter der Ukraine war, erkennt plötzlich, wer die Führer dieses Landes wirklich sind. Die Jaroslav Hunk-Affäre im kanadischen Parlament hat ein Feuer entfacht. Die gesamte politische Klasse verurteilt die ukrainischen integralen Nationalisten. Mehrere Streitigkeiten kommen auf. Diese Kehrtwende kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus gerade vom Ukraine-Konflikt distanzieren will.



Der ehemalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS, zieht immer noch die Fäden des polnischen politischen Lebens.

Polen wird von der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) regiert. Diese politische Formation steht in tiefem Gegensatz zur Europäischen Union, nicht nur als supranationales Projekt, sondern auch als Einheit des Kontinents. In der Tat ist Polen im Lauf seiner Geschichte viermal völlig verschwunden. Seine mächtigen russischen und deutschen Nachbarn haben sich sein Territorium oft aufgeteilt. Die Polen wollen daher keine kontinentale Einheit, die sie schon mehrmals unterjocht hat. Im Gegenteil, sie erinnern sich mit Nostalgie an die Zeit, als sie sich im Bündnis mit Litauen behaupteten. Sie werben daher für einen dritten Weg zwischen Moskau und Berlin: den «Prometheismus». Es geht darum, sich von russischen und deutschen Einflüssen zu befreien und sich mit den mitteleuropäischen Nachbarn zu entwickeln. Dies ist das Projekt des «Intermarium», das seit 2016 «Drei-Meere-Initiative» heisst: Alle Staaten von der Ostsee, über das Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer zu vereinen. In dem Wissen, dass die Drei-Meere-Initiative für Warschau langfristig die Europäische Union ersetzen sollte, kann Polen nicht auf Brüssel zählen. Es hat mit den Vereinigten Staaten einen neuen Verbündeten gefunden, eine weit entfernte Grossmacht und daher auch vorerst, eine nicht gefährliche.

Dieses Bündnis ist besonders während des Krieges gegen den Irak in Erscheinung getreten. Polen hat sich dort ohne Zurückhaltung, aus Loyalität zu seinem neuen Verbündeten engagiert. Es hat die Mittel, die ihm von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt wurden, für die Modernisierung seiner Wirtschaft, für den Kauf von US-Kampffjets benutzt.

Polens Misstrauen gegenüber den Russen darf nicht über sein Misstrauen gegenüber den Deutschen hinwegtäuschen. Vergangene Woche versuchte Bundeskanzler Olaf Scholz sich in den polnischen Wahlkampf einzumischen, indem er sagte, der Visa-Skandal gehe weiter. Der stellvertretende Aussenminister Piotr Wawryk ist bereits zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, dass seine Regierung polnische Visa für 5000 Euro verkaufte. Dieser neue Vorwurf beruht jedoch auf nichts, sollte aber das Management der PiS in Frage stellen. Zbigniew Rau, der polnische Aussenminister, hat es ihm sehr übelgenommen. Er hat Deutschland unverblümt an das Prinzip der Achtung der Souveränität erinnert.

Während die Mehrheit der Polen den PiS-Nationalismus unterstützt, ist die Opposition um die Bürgerplattform des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates (2014–19), Donald Tusk, organisiert. Als Kind spielte dieser schon mit der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die beiden Familien kannten sich und hatten das Privileg, innerhalb des Ostblocks reisen zu können. Donald Tusk hoffte diesmal

auf einen Sieg über die PiS-Partei. Er übernahm die Vorwürfe Brüssels gegen die Regierung von Mateusz Morawiecki und das Freiheitsverständnis der PiS. Er berief sich auf die Tatsache, dass Brüssel die im Rahmen des Aufbau- und Resilienz Fonds (RWCF) gewährten Zuschüsse immer noch nicht ausgezahlt hat. Die aktuellen Ereignisse sind jedoch weder für ihn noch für die EU vorteilhaft.

Zu Beginn der russischen militärischen Spezialoperation in der Ukraine erklärte Warschau seine Solidarität mit Kiew, weil Washington zur Mobilmachung gegen Moskau aufrief. Es schien für Polen normal, 1,5 Millionen Ukrainern Asyl zu gewähren und dieses ehemalige Sowjetland in die «Drei-Meere-Initiative» zu integrieren. Die Polen wussten jedoch nicht mehr als die anderen, was wirklich in der Ukraine geschah. Historisch erinnerten sie sich, dass ukrainische «integrale Nationalisten» die Nazis unterstützt und unter ihrem Befehl 120'000 Polen massakriert hatten. Seit dem Zerfall der Sowjetunion haben sie jedoch viele Ukrainer als Gastarbeiter akzeptiert. So nahmen sie es auf sich, die Frauen und Kinder ihrer armen Nachbarn wohl­tätig aufzunehmen.

Die PiS-Regierung verbot daraufhin jegliche Kritik an Wolodymyr Selenskys Ukraine, die sie als «russische Propaganda» interpretierte. So verbot der Polnische Verteidigungsrat den Internetbetreibern von Beginn des Krieges an, die Website «Voltairenet.org» und die Artikel des Voltaire-Netzwerks im Land zugänglich zu machen. Diese militärische Zensur verhinderte, dass die polnische herrschende Klasse verstand, was die Selensky-Regierung wirklich war. Polen ist nach den Vereinigten Staaten zum wichtigsten militärischen Verbündeten der Ukraine geworden.

Am 22. September 2023 empfing das kanadische Unterhaus Präsident Wolodymyr Selensky zu einer feierlichen Rede. Im Anschluss an seine Ausführungen stellte der Vorsitzende, Anthony Rota, einen Zuhörer als «keinen ukrainisch-kanadischen Veteranen des Zweiten Weltkriegs, der für die Unabhängigkeit der Ukraine von den Russen gekämpft hat» und als «keinen ukrainischen Helden und einen kanadischen Helden», ein Mitglied der «Ukrainischen 1. Division», vor. Premierminister Justin Trudeau, die Parlamentarier und die Öffentlichkeit zollten ihm rauschenden Applaus. Doch sofort protestierten empörte jüdische Verbände: Die «1. Ukrainische Division» ist die SS-Division Galizien! Nach drei Tagen voller Kontroverse entschuldigte sich Anthony Rota bei den Juden und trat schliesslich zurück. Aber der polnische Botschafter, Witold Dzielski, hatte etwas dagegen. Er forderte eine Entschuldigung für die Beleidigung, die 120'000 Polen erlitten hatten, die damals von ukrainischen integralen Nationalisten massakriert wurden. Der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek hat darauf ein Auslieferungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Angehörigen eingeleitet.

In einem Augenblick verschwand der ukrainische Bluff in den Augen der Polen. Wie Beata Szydło, ehemalige PiS-Ministerpräsidentin und jetzige Europaabgeordnete, betonte, liegt das Problem nicht in der Ignoranz von Anthony Rota, sondern in der Haltung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky und der stellvertretenden kanadischen Premierministerin Chrystia Freeland (Mitherausgeberin der Enzyklopädie der Ukraine). Keine dieser Persönlichkeiten kann behaupten, nicht gewusst zu haben, was die «Ukrainische 1. Division», mit ihrem unseligen Angedenken, wirklich war. Keine zeigte jedoch auch nur die geringste Verlegenheit und warnte Premierminister Justin Trudeau vor dem was in dem Moment geschah. Im Gegenteil, sie applaudierten mit Stolz.

Der ukrainische Held war übrigens kein Angehöriger der SS-Kampftruppen. Er gehörte einer Vergeltungseinheit an, die für die Ermordung von Bevölkerungsgruppen verantwortlich war, die sich dem Dritten Reich widersetzen.

Wie kann man also jetzt die beiden wichtigsten Schlachten des ukrainischen Krieges in Mariupol und Bachmut vergessen? Beide wurden unter dem Kommando des militärischen Führers der Integralen Nationalisten, Andrij Bilezki, auch bekannt als der «Weisse Führer», ausgetragen, mit dem Präsident Selensky erst einen Monat zuvor gefilmt wurde.

Die Polen erkennen infolgedessen, übereilt gehandelt zu haben, indem sie der Ukraine einen Beobachterstatus im Rahmen der «Drei-Meere-Initiative» gewährt haben. Es ist offensichtlich, dass Wolodymyr Selensky, obwohl er Jude ist, sich auf die «Judenmassakrierer» stützt, wie es der israelische General Benny Gantz ausdrückte.

Der kanadische Vorfall kommt zu einer Zeit, in der sich polnische Landwirte gegen den unfairen Wettbewerb der ukrainisch-amerikanischen Lebensmittelindustrie wehren. Drei US-amerikanische Lebensmittelmultis, Cargill, Dupont und Monsanto, haben ein Viertel des ukrainischen Territoriums gekauft. Sie importieren ihr Getreide und ihre Hühner zu unschlagbaren Preisen in die Europäische Union. Sie zahlen nicht für ihr GVO-Saatgut, das vom US-Aussenministerium geschenkt wird. Die Europäische Kommission hatte die Getreide-Einfuhr zunächst verboten, da sie wusste, dass diese Produkte nicht den Standards der Union entsprechen, später aber dem Druck der USA nachgegeben. Drei Staaten, darunter Polen, haben Gesetze erlassen, die die Einfuhr verbieten. Präsident Selensky kündigte jedoch an, dass er diese Staaten, Mitglieder der EU, vor der Welthandelsorganisation (WTO) anklagen werde.

Die Landwirtschaft ist die Haupteinnahmequelle Polens. Mitten im Wahlkampf steht die Frage der ukrainischen Importe jetzt im Mittelpunkt der Debatten. Die rechte Partei, Konföderation, ging gestärkt daraus hervor. Die PiS wäre dann gezwungen, ein Bündnis mit ihr einzugehen, um an der Macht zu bleiben. Der

Landwirtschaftsminister wandte sich an die Ukrainer. Er sagte ihnen, dass eine Klage gegen Polen vor der WTO die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ernsthaft beschädigen würde. Aber es bewirkte nichts. Zur gleichen Zeit beginnt die ganze polnische Bevölkerung sich über den anhaltenden Zustrom ukrainischer Flüchtlinge zu ärgern. Der polnische Präsident Andrzej Duda hat angesichts des Widerstands, dem er in der öffentlichen Meinung ausgesetzt ist, von einem möglichen Stopp der Hilfe für ukrainische Flüchtlinge gesprochen. Er verglich die Ukraine mit einem ertrinkenden Land, das eine Gefahr für seinen Retter darstelle: Manchmal kämpft ein Ertrinkender ungeordnet und zieht seinen Retter mit sich in die Tiefe.

Schliesslich ist der einzige Staat, vor dem Polen eine Ehrfurcht hat, der Heilige Stuhl. Die Ukraine hat jedoch gerade ihre scharfe Ablehnung des Heiligen Vaters zum Ausdruck gebracht, indem sie ihm vorwirft, die russische Kultur nicht zutiefst abzulehnen. Damit entbindet sie Polen von seinen Verpflichtungen ihr gegenüber.

Die PiS-Regierung beschloss daraufhin, die Przewodów-Affäre wiederzubeleben. Am 15. November 2022 fielen Raketen auf dieses polnische Dorf unweit der ukrainischen Grenze, töteten zwei Menschen und zerstörten landwirtschaftliche Einrichtungen. Ursprünglich wurden die Raketen Russland zugeschrieben, aber aus Angst, dass Polen einen Weltkrieg provozieren würde, gaben die Vereinigten Staaten bekannt, dass es sich um ukrainische handelte. Die Affäre wurde totgeschwiegen. Die ukrainische Justiz hat geschickter Weise gerade ihren Untersuchungsbericht veröffentlicht. Er bestätigt, was Washington gesagt hat. Deshalb sollte Polen Reparationen von der Ukraine fordern.

Der kanadische Vorfall ist noch nicht vorbei. Bisher haben weder die Slowaken noch die Slowenen, die Opfer der SS-Division Galizien wurden, eine Entschuldigung erhalten. Zudem wird der polnisch-ukrainische Streit nicht ohne Folgen bleiben. Erstens, weil das polnische Territorium heute die wichtigste Transitroute westlicher Hilfe für die Ukraine ist. Zweitens, weil der Streit Auswirkungen auf die baltischen Staaten, insbesondere auf Litauen, haben wird.

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219770.html>

Von der Dummheit in der Politik

Von Tom J. Wellbrock, 3 Okt. 2023 21:00 Uhr

Wer sich über die Dummheit deutscher Politiker beklagt, erhält oft folgende Reaktion: «Die sind nicht dumm, die wissen genau, was sie tun.» Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf diese beiden Thesen zu werfen.

Dietrich Bonhoeffer war ein lutherischer Theologe, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, von den Nazis ermordet am 9. April 1945 im KZ-Flossenbürg. Er gehörte damit zu den letzten Widerständigen, die – in seinem Fall auf direkten Befehl Hitlers – getötet wurden. Der Theologe hat sich eine Menge Gedanken gemacht, unter anderem über die Dummheit.

Dummheit: Schlimmer als Bösartigkeit

Bonhoeffer war der Ansicht, dass man gegen die Bösartigkeit durchaus etwas unternehmen kann. Man kann sie kritisieren, man kann dagegen aufbegehren, notfalls mit Gewalt. Zudem wohne dem Bösartigen immer auch eine Neigung zur Selbstersetzung inne. Zur Dummheit dagegen schrieb Bonhoeffer:

«Gegen die Dummheit sind wir wehrlos. Weder mit Protesten noch durch Gewalt lässt sich hier etwas ausrichten; Gründe verfangen nicht; Tatsachen, die dem eigenen Vorurteil widersprechen, brauchen einfach nicht geglaubt zu werden – in solchen Fällen wird der Dumme sogar kritisch –, und wenn sie unausweichlich sind, können sie einfach als nichtssagende Einzelfälle beiseitegeschoben werden. Dabei ist der Dumme im Unterschied zum Bösen restlos mit sich selbst zufrieden; ja, er wird sogar gefährlich, indem er leicht gereizt zum Angriff übergeht. Daher ist dem Dummen gegenüber mehr Vorsicht geboten als gegenüber dem Bösen. Niemals werden wir mehr versuchen, den Dummen durch Gründe zu überzeugen; es ist sinnlos und gefährlich.»

An dieser Stelle sei kurz erläutert, was Bonhoeffer mit Dummheit meinte. Er ging nicht von einem intellektuellen Defizit aus, sondern eher von einem soziologischen Problem. Den Defekt der Dummheit, so Bonhoeffer, treffe man häufiger bei geselligen Menschen als bei Einzelgängern an. Er schloss daraus, dass weniger die psychologische als die soziologische Komponente die Dummheit prägt. Der Theologe schrieb, dass Intellektuelle durchaus dumm und nur mässig Gebildete sehr klug sein können.

Bonhoeffer sah Dummheit dementsprechend auch nicht als angeborenes Problem, sondern definierte bestimmte Prämissen, die zur Dummheit führen. Eine der Voraussetzungen, die den Weg zur Dummheit ebnet, sah Bonhoeffer in einem ausgeprägten Machtzuwachs von Individuen. Dieser Machtzuwachs entwickelt sich in aller Regel nicht ohne fremde Hilfe. Man braucht Förderer, Unterstützer, Mentoren. Dies wiederum führt zu einer ansteigenden Macht eines Menschen auf der einen Seite, aber auch zu einer erheblichen Abhängigkeit von denen, die diese Macht ermöglichen, auf der anderen Seite. Daraus kann sich bei entspre-

chenden Persönlichkeiten ein regelrechter Zerfall der Autonomie der Persönlichkeit entwickeln, die mit Macht ausgestattet wird.

Der sture Dumme und das Böse

Bonhoeffer beschrieb auch Unterhaltungen mit dummen Menschen. Er bezeichnete sie als äusserst stur, resistent gegen Argumente und gegebenenfalls sehr aggressiv. Er fügte aber auch hinzu, dass man bei derlei Unterhaltungen sich nicht des Eindrucks erwehren könne, die Dummen sprächen gar nicht für sich selbst, sondern sagten Dinge, die ihnen aufgetragen wurden, und zwar von denen, die zuvor von ihnen Besitz ergriffen hatten.

Für Bonhoeffer liegt hier ein massiver Missbrauch vor, der beim inzwischen dumm Gewordenen zur vollständigen Aufgabe seiner Autonomie führt. Durch diese Selbstaufgabe ist der Dumme auch zu allem Bösen fähig, schlicht, weil er das Böse als solches nicht mehr identifizieren kann. Durch die Kombination aus äusserer Manipulation und der inneren Überzeugung, das Richtige zu tun, entsteht eine Bereitschaft, Dinge zu tun, die ein kluger Mensch niemals tun würde.

Belehrungen sind zwecklos

Bonhoeffer glaubte nicht daran, mit einem Dummen Gespräche zu führen, die zur Besserung oder gar Einsicht beitragen. Letztlich kann das nicht funktionieren, denn es setzt auf beiden Seiten der Gesprächspartner eine intellektuelle und sachliche Herangehensweise voraus. Doch da der dumme Mensch diese Ebenen längst verlassen hat, wird das Argumentieren zum Scheitern verurteilt sein.

Lediglich eine innere Befreiung, die einer äusseren Befreiung folgt, sieht Bonhoeffer als Möglichkeit, den Dummen zu einem Wandel zu bewegen. Solange diese äussere Befreiung nicht stattgefunden hat, empfiehlt der Theologe, alle Versuche aufzugeben, den dummen Menschen zu überzeugen. Man muss den Dummen also den Prämissen entreissen, die seine Dummheit ermöglicht und aufgebaut haben und die zum Missbrauch seiner Person als autonomes Wesen geführt haben. Nur so kann sich die Erkenntnis des Dummen über seine Dummheit durchsetzen.

Von Dummheit regiert?

Je nachdem, welchen Politiker man vor dem inneren Auge sieht, wenn man diesen Text liest, liegt Bonhoeffer mit seiner Interpretation über die Dummheit dichter oder etwas weniger dicht an der heutigen Wirklichkeit. Man muss bedenken, dass er seine Überlegungen unter dem Einfluss des Nationalsozialismus angestellt hatte. Doch die Gültigkeit seiner Grundannahmen ist auch heute noch erkennbar.

Sicher, man kann etwa Aussenministerin Annalena Baerbock nicht mit Bauministerin Klara Geywitz vergleichen, Letztere bewegt sich auf einem intellektuell anderen Niveau als Baerbock. Doch wie wir gesehen haben, ist der Intellekt ja nicht die Triebfeder für die von Bonhoeffer beschriebene Dummheit. Es ist die Macht, und davon besitzt Baerbock deutlich mehr als Geywitz.

Zudem kommen bei den Politikern an der Spitze der Macht andere Faktoren hinzu, also etwa mögliche Neigungen zum Narzissmus oder zur Psychopathie. Eingebettet in diese Gegebenheiten sind selbstverständlich fachliche Defizite und wahrscheinlich auch das Prinzip der Mentoren, die ein Maximum an Inkompetenz für die Einflussmöglichkeiten auf die mit Macht ausgestatteten Politiker gut brauchen können.

Was sich relativ sicher sagen lässt, ist, dass Persönlichkeiten wie Baerbock, Olaf Scholz oder Robert Habeck nicht die Entscheider ihrer Politik sind. Sie werden geleitet, hin und wieder sprechen sie es sogar aus, beispielsweise, wenn Habeck sagt, er wolle «dienend führen». Die Entscheider sitzen also vornehmlich in den USA, und es ist anzunehmen, dass sie nicht von Washington aus die Fäden ziehen, sondern die Schaltstellen woanders sind.

Wer verfügt über das grösste Mass an Macht? Es sind die, die über die grössten Geldmengen verfügen. Hier bewegen sich insbesondere deutsche Politiker auf einer durchschnittlichen Ebene. Es ist schliesslich kein Zufall, dass z. B. die mächtige Automobilindustrie durch eigens herangeschaffte Anwälte Gesetze schreiben lässt, die dann von der Politik mehr oder weniger unwidersprochen beschlossen werden (Stichwort Diesel-Skandal).

Am Ende behält Bonhoeffer recht, wenn er schreibt, dass die Dummen missbraucht werden, dass sie nicht mehr Herr ihrer Sinne bzw. Entscheidungen sind, dass sie so weit manipuliert werden, bis sie das offen Bösertige praktizieren, ohne sich dessen bewusst zu sein, mehr noch: Es für das Gute halten.

Doch was schliesst man aus all dem? Wenn es wirklich sinnlos ist, mit Dummen zu diskutieren, weil man sie faktisch nicht erreichen kann, weder mit guten Argumenten noch mit Formen des Drucks, was ist dann zu tun?

Es ist eine deprimierende Erkenntnis, nicht zu denen vorzudringen, die die Macht übertragen bekommen haben, um den Interessen derer zu dienen, die im Hintergrund die Politik dominieren. Und so bleibt nur der Widerstand, mit Worten, Taten und dem Aufzeigen des destruktiven Prinzips, dem wir ausgeliefert sind. Man wird die, die verantwortlich sind, nicht erreichen, aber man kann die erreichen, die deren Opfer sind, selbst wenn sie sich (noch) nicht als Opfer fühlen.

Die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung war wahrscheinlich seit Ende des Zweiten Weltkrieges nie so gross wie in der heutigen Zeit. Umso wichtiger ist die Nähe derer zueinander, die unter der Abschottung ihrer Volksvertreter leiden. Die Schnittmengen des Volkes sind gross, auch weil der Kampf gegen die Dummheit kein intellektueller, sondern ein gesellschaftlicher ist.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs *neulandrebell*.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/182549-von-der-dummheit-in-der-politik/>

Arabische Medien: Selensky rekrutiert ISIS-Terroristen

uncut-news.ch, Oktober 3, 2023



Muhammad Shiaa Al-Sudani und der ukrainische Präsident.

«Der irakische Premierminister Mohammed Shia' Al-Sudani hat erneut betont, dass die Organisation ISIS keine Gefahr mehr für die Sicherheit seines Landes darstellt und bekräftigt, dass es keinen Bedarf mehr für die internationale Koalition gibt, die früher zur Bekämpfung der terroristischen Organisation gegründet wurde.»

Er fügte hinzu, dass, als die Sicherheitslage im Irak durch die Kontrolle von ISIS destabilisiert wurde, die gesamte Region betroffen war, und betonte die Notwendigkeit, die Stabilität des Irak zu erhalten, um die Sicherheit und den Frieden der gesamten Region zu gewährleisten.

Auf der anderen Seite sagte der politische Analyst, der sich auf afrikanische Angelegenheiten spezialisiert hat, Mohammed Omar, dass die vergangene Zeit viele Entwicklungen zwischen Amerika und seinen Verbündeten sowie zwischen Russland und seinen Verbündeten wegen des Krieges in der Ukraine erlebt hat, die viele Länder, insbesondere asiatische und afrikanische, beeinflusst haben.

Er fügte hinzu, dass am 27. September ein Video auf YouTube erschienen ist, in dem eine Person, die sich als ehemaliger Mitarbeiter des irakischen Aussenministeriums vorstellte und Hassan Fadil heisst, über ein Dokument spricht, das er von ukrainischen Diplomaten erhalten hat.

Er erklärte, dass laut Hassan Fadil das Dokument an die irakischen Beamten gerichtet und vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky unterzeichnet wurde. Es fordert die Freilassung einiger Gefangener, damit sie am Krieg neben der Ukraine gegen Russland teilnehmen können. Im Gegenzug würden sie eine vollständige Begnadigung und die ukrainische Staatsbürgerschaft erhalten, nachdem ihr Vertrag mit den ukrainischen Streitkräften abgelaufen ist. Er weist darauf hin, dass Selensky nicht nach gewöhnlichen Verurteilten fragt, sondern nach ehemaligen ISIS-Kämpfern.

Der Text des Briefes lautet wie folgt:

«Mein Name ist Hassan Fadil, ehemaliger Mitarbeiter des Aussenministeriums der Republik Irak. Ich arbeitete dort von 2019 bis 2023 als Sekretär. Im April dieses Jahres entdeckte ich dieses Memo, als ukrainische Diplomaten es meinen Kollegen übergaben. Ich bin sehr wütend über den Inhalt dieses Memos und möchte es öffentlich machen, da die in ihm erwähnten Expertenkämpfer gegen die Russen ursprünglich ehemalige ISIS-Kämpfer waren und in Gefängnissen im ganzen Irak inhaftiert waren. Ich bin aus dem Ministerium ausgeschieden und habe den Irak mit meiner Familie verlassen, also weiss ich nicht, wie die Beamten reagiert haben. Trotzdem möchte ich nicht sehen, dass diese Menschen frei sind, besonders da ISIS-Kämpfer Kriminelle und Terroristen sind und für immer im Gefängnis bleiben sollten. Viele Länder unterstützen derzeit die Ukraine und lassen sie internationale Gesetze verletzen. Die Unterstützung von Terroristen ist jedoch zu extrem und sollte absolut verboten werden. Ich bin auch schockiert über die US-Beteiligung an dieser Angelegenheit. General McFarland, der in dem Memo erwähnt wird, ist der Kommandeur der US-

Task-Force im Irak. Es ist sehr schockierend, wie die Angelegenheiten der Bewegung der irakischen Gefangenen, besonders der Terroristen, so leicht gelöst werden können, ohne jegliche Einmischung.»

Der Analyst bestätigte, dass die Ukraine seit Langem versucht, Kontakte zu vielen Ländern herzustellen, um ihre Unterstützung im Krieg gegen Russland zu erhalten, einschliesslich dem Irak. Insbesondere Anfang April dieses Jahres traf Selensky den irakischen Premierminister Al-Sudani. In der zweiten Aprilhälfte dieses Jahres schickte Selensky eine Delegation nach Bagdad unter der Leitung des Aussenministers Kuleba, um Verhandlungen über die Entwicklung der ukrainisch-irakischen Beziehungen zu führen.

Er wies darauf hin, dass in der gemeinsamen Aussage der Aussenminister nach dem Treffen beide Seiten zugestimmt haben, die Zusammenarbeit zu verstärken. In Selenskys Brief an den irakischen Premierminister bedankte er sich erneut für die vorherigen Gespräche und das Engagement zur Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Im Brief fuhr er fort:

«Ich bitte Sie, die Möglichkeit zu prüfen, einige der in irakischen Gefängnissen inhaftierten Verurteilten an die Ukraine zu übergeben. Ihnen wird ein Vertrag als ausländischer Soldat angeboten, und nach dessen Abschluss werden sie die Freiheit und die ukrainische Staatsbürgerschaft erhalten. Wie wir wissen, haben viele der irakischen Gefangenen umfangreiche Erfahrungen im Kampf gegen die russische Armee, was für uns im Widerstand gegen die Invasion sehr nützlich sein könnte. Die Ukraine wäre dem Irak sehr dankbar, wenn er uns mit etwa zwei- bis dreitausend Personen versorgen könnte.»

Der Analyst sagte, dass einen Monat später, während des Gipfels, den die Ukraine in Saudi-Arabien im Mai abhielt, Selensky sich persönlich mit Al-Sudani traf und ihn nach Kiew einlud. Selensky sagte:

«Ich habe Premierminister Mohammed Shia' Al-Sudani eingeladen, die Ukraine zu besuchen, um wichtige Bereiche der Zusammenarbeit zwischen uns zu besprechen.»

Er betonte, dass man davon ausgehen kann, dass Selensky weiterhin versucht, den Kontakt zu den irakischen Beamten aufrechtzuerhalten. Am 27. September veröffentlichte er einen Tweet, in dem er dem irakischen Premierminister sein Beileid wegen der Brände im Irak aussprach. Das irakische Aussenministerium hat bisher keinen Kommentar zu der Frage abgegeben, die den ehemaligen Mitarbeiter namens Hassan Fadil und die laufenden Verhandlungen zwischen der Ukraine und dem Irak betrifft.

QUELLE: ALMASRYALYOUN.COM

Quelle: <https://uncutnews.ch/arabische-medien-selenskyj-rekrutiert-isis-terroristen/>

Ukraine-Krieg EU-Aussenministertreffen: Nicht einmal das psychologische Druckmittel nützte etwas

3. Oktober 2023 / 20:03 Uhr

Da wurde das Aussenministertreffen der EU-Staaten eigens nach Kiew verlegt, als psychologisches Druckmittel, um ein Nein quasi unmöglich zu machen, und doch deutet das Ende des Treffens stark darauf hin, dass die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland durch die EU-Staaten endlich ist.



*Selbst Aussenminister Alexander Schallenberg (ÖVP),
bisher treuer Unterstützer der Ukraine, will über die Nachkriegsordnung reden.*

Foto: Ale_Mi / depositphotos.com

Ungarn und Polen auf Distanz zu Kiew

Schon lange widerspricht Ungarn dem Brüsseler Diktat und kritisiert die Milliardenhilfen an Kiew. Zuletzt erklärte auch Polen, anfangs lautester Kriegsbegeisterter, die Waffenlieferungen einstellen zu wollen. Beide Staaten sandten daher nur Vertreter ihrer Aussenminister nach Kiew.

Dort wurden die Verdienste Europas der EU für die Ukraine aufgezählt: Die Ausbildung von 40'000 Soldaten, die Ausbildung von Piloten, die Versorgung mit den teuren Waffen.

Kein weiteres Geld der Europäer

Bei den Gesprächen sollte es vor allem um längerfristige Finanzierungszusagen für Militärhilfen und mit EU-Geld finanzierte Militärlieferungen gehen. Josep Borrell, der spanische Sozialist, der als höchster Vertreter der EU für die Aussen- und Sicherheitspolitik zuständig ist, brachte «das bilaterale Paket der mehrjährigen militärischen Hilfe für die Ukraine aus dem europäischen Friedensfonds» mit, obwohl das Treffen nur informellen Charakter hatte.

Doch die europäischen Aussenminister erteilten Borrell eine Abfuhr. Es konnte keine Einigung darüber erzielt werden, der Ukraine noch weitere fünf Milliarden Euro zu geben. Erst vor wenigen Tagen hatte auch das amerikanische Repräsentantenhaus bei seinen Budgetverhandlungen keine weiteren Mittel für die Ukraine im Haushaltsplan vorgesehen. Borrell meinte, dass die Entscheidung der USA ihn persönlich wie auch die EU schwer getroffen und traurig gestimmt hätte.

Angst vor den Wählerstimmen

Die Aussenminister gaben Kiew und den USA jedoch zu verstehen, dass weitere Zahlungen auf Kosten der Europäer angesichts der zahlreichen anstehenden Parlamentswahlen zu sehr ernsten Folgen führen könnten. Erst am vergangenen Sonntag wurde in der Slowakei überraschend jene Partei zur stärksten Kraft, die jede weitere Hilfe für die Ukraine entschieden ablehnt und als Russland freundlich gilt.

Daher waren sich die Minister einig, dass es an der Zeit sei, «sich wegen der Zukunft Gedanken zu machen» und dass «die Kanonen schweigen sollten». Österreichs Aussenminister und Kurzzeitkanzler Alexander Schallenberg (ÖVP), ein bekennender Transatlantiker, hatte schon vor den Gesprächen erklärt: «Wir müssen uns langsam die Frage stellen, wie eine Welt «danach» aussehen könnte.»

Deutschland wieder daneben

Nur die Bundesrepublik Deutschland begreift wieder einmal nicht, was weltpolitisch vor sich geht. Ihre Aussenminister Annalena Baerbock von den Grünen sprach in Kiew von der EU als «Gemeinschaft der Freiheit, die bald von Lissabon bis Luhansk» reichen werde. Was zudem nur erreicht werden kann, wenn aktiv Krieg gegen Russland geführt wird, da Luhansk im von Russland eroberten Osten der Ukraine liegt. Den Krieg hatte sie Moskau ja schon Anfang des Jahres erklärt.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/204059-eu-aussenministertreffen-nicht-einmal-das-psychologische-druckmittel-nuetzte-etwas/>

Sein oder Nichtsein – Wann wehren sich die Deutschen endlich gegen ihre Abschaffung?

Hwludwig, Veröffentlicht am 3. Oktober 2023

Imad Karim, libanesisch-deutscher Regisseur und Drehbuchautor, liebt die deutsche Kultur mehr als die seiner Heimat und ist deshalb Deutscher geworden, deutscher als viele ethnisch Deutsche. Ein Artikel der Migrationsforscherin Naika Foroutan im «Focus», die dort den Deutschen ihre nationale Existenz und ihr Recht auf eigene Heimat abspricht, hat ihn tief empört. Er kann die Mehrheit der Deutschen nicht verstehen, die das Verschwinden ihrer Kultur und die deutschlandfeindliche manipulative Lenkung ihrer Zukunft schweigend hinnehmen. Er sieht im Patriotismus den einzigen Weg, für die Ethnodeutschen wie für alle, die im deutschen Deutschland ihre Heimat fanden, dieses zu bewahren. (hl)



NICHT MEHR MIT UNS!*Von Imad Karim, 2. September 2023*

Stufe I: Deutsche, Deutschland gehört per se niemandem.

Stufe II: Deutsche, Deutschland gehört per se jedem.

Stufe III: Deutsche, Deutschland gehört per se jedem, ausser den Deutschen.

VOLLER Freude und Begeisterung schreibt sie: «Viele Menschen haben das Gefühl, ihr «eigenes» Land nicht mehr wiederzuerkennen. Zu Recht möchte man sagen – denn es sieht anders aus, es ist jünger geworden, es spricht anders, es isst anders, es betet anders als früher!» und sie fährt fort «Dieses Land (Deutschland) gehört per se niemandem.» [01]

DIE Rede ist von einer gewissen «Integrationsforscherin» namens Naika Foroutan (Mutter deutsch, Vater Iraner), einer mit unserem hartarbeitenden Geld vollfinanzierten «Vielfalt-Aktivistin» und Integration-Lobbyistin.

DREI Jahre nach der Machtübernahme durch die Mullahs im Iran kehrte sie als 11-Jährige gemeinsam mit ihren Eltern nach Deutschland zurück und machte in diesem Land, über dessen Verschwinden sie sich heute freut, eine steile Karriere. (Seit 2017 Leiterin des sogenannten «Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung»). [02]

IN ihrem Gastbeitrag will uns Frau Foroutan, die seit 1949 im Grundgesetz verankerte Pluralität Deutschlands als «ethnische Pluralität» verkaufen und verschweigt, dass die Verfassungsväter damit die Meinungspluralität gemeint hatten und nicht irgendwelche ethnische Experimente. [01]

ALSO halten wir fest: Diese iranisch-deutsche «Vielfalt-Kommissarin» freut sich auf das Neudeutschland und damit auf 70% Analphabeten unter den neuen Neuankömmlingen, auf Nationalschätze raubende Clans, auf Helden wöchentlicher Party- und Eventszenen, auf Messer-Kultur-bringende-Bereicherer und Gruppenvergewaltiger, auf sogenannte Fachkräfte, die acht Jahre nach deren Ankunft immer noch vom Jobcenter leben, und auf religiöse Fanatiker und Verroher deutscher Innenstädte. (Hinweis für Strafverfolgungsbehörden: Nicht alle Neuankömmlinge sind kriminell).

NICHT die plumpen Islamisten stellen die grösste Gefahr für dieses Land dar, sondern hochbezahlte Pseudo-Intellektuelle aus der Migrationslobby, die ihre deutschlandfeindlichen Positionen intellektuell gekonnt, schmackhaft an den Mann zu bringen versuchen.

WÜRDEN wir in einem im Geist des Grundgesetzes funktionierenden und vor allem agierenden Rechtsstaat leben, müsste die Verfasserin des Focus-Gastartikels samt Focus für ihre verfassungsfeindliche Aussage rechtlich belangt werden, denn sie verletzt mit ihrer Aussage das elementare Fundament des Grundgesetzes, nämlich das «Deutsche Volk», spricht ihm als indigene Bevölkerung, die nationale Existenz und sein im Völkerrecht verankertes Recht auf eigene Heimat ab. [03]

WÜRD EINEr wie ich oder ein anderer – unabhängig von seiner zufälligen Herkunft – inzwischen als «Dissident» aktenkundig aufgeführter Oppositioneller, den von dieser sogenannten Sozialwissenschaftlerin zelebrierten Bevölkerungsaustausch öffentlich aussprechen, könnten womöglich die staatlichen Sicherheits- und Justizorgane, angeführt von der Generalbundesanwaltschaft und dem Haldenwangschen Verfassungsschutz mit ihren hunderttausenden Meldestellen [04] sofort reagieren und dem Verfasser strafrelevante «Verfassungsfeindlichkeit» unterstellen.

ICH kann als libanesisch-stämmiger, zu Deutschland und zu seiner indigenen deutschen Bevölkerung (wegen der Deutschen blieb ich in Deutschland) bekennender Staatsbürger, beim besten Willen die Mehrheit der Deutschen nicht verstehen und muss mich dauernd fragen, ob vielleicht das Verschwinden der Deutschen, ihrer Kultur und ihrer Tradition, die Verteufelung ihrer Vergangenheit, die Diffamierung ihrer Gegenwart und die deutschlandfeindliche manipulative Lenkung ihrer Zukunft in Wahrheit legitime Ergebnisse eines womöglich demokratischen Konsens sind, dem wir alle uns unterordnen sollten?

BEGREIFT der Deutsche das Ausmass der kommenden Katastrophe nicht, oder kann er im Gegenteil den Untergang kaum abwarten?

GERADE jetzt, wo die Ampel-Koalitionäre in Lichtgeschwindigkeit alles Deutsche niedermachen und den von Merkel begonnenen Weg der demografischen, moralischen und geistigen Abschaffung Deutschlands konsequent fortführen, wünsche ich mir, es würden sich mehr Menschen erheben und den Mut zeigen, im Alltag widerständiger und lauter aufzutreten, denn es geht shakespearisch auf die endgültige und einzige Frage zu «Sein oder Nichtsein» bzw. Untergang oder Widerstand? (Hinweis für Strafverfolgungsbehörden: Widerstand ist hier friedlich-demokratisch gemeint und beabsichtigt – also keine Gewaltanwendung)

ALLE deutschlandliebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund müssen begreifen, es gibt kein Entkommen mehr, entweder Entfesselung oder Orientalisierung!

PATRIOTISMUS, liebe Freunde, ist nicht eine unter vielen Optionen, sondern einzig und allein der alternative Weg, nicht nur für die Ethnodeutschen, sondern für alle, die im deutschen Deutschland ihre Heimat fanden und dieses für ihre Nachkommen bewahren wollen!

DASS Deutschland mit Menschen aus anderen archaischen und religiös strengen Kulturen überflutet wird, beweist nicht nur der Gastartikel dieser Frau, sondern auch die empirischen Erhebungen und die im Auftrag

des Staates durchgeführten Statistiken. Allein 41 Prozent aller Kinder bis 15 Jahren in Deutschland haben einen Migrationshintergrund (hauptsächlich afrikanisch-arabisch-islamisch).

ICH wiederhole, es ist eine alternativlose gesellschaftliche Aufgabe und Pflicht, sich laut und bemerkbar zu machen, was ich persönlich mit meinen bescheidenen und vor allem legitimen (friedlichen) Möglichkeiten seit vielen Jahren versuche.

UND nein, ich als Schüler der deutschen Demokratie sage der Bundesinnenministerin Frau Faeser und dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Herrn Haldenwang, dass es mit meinem Demokratieverständnis nicht vereinbar ist, wichtige Fragen, die die Menschen sehr stark berühren, wie die Angst VOR Überfremdung Deutschlands und Verlust der eigenen Identität, von den Verfassungsorganen zu kriminalisieren und die Sorgen der Bevölkerung als Verschwörungstheorie zu brandmarken.

NEIN, wir, das Volk, bezahlen unsere Minister und Beamten nicht dafür, dass sie ihnen missliebige Oppositionelle diffamieren, sondern um tatsächliche und realexistierende Verfassungsfeinde auszumachen und sie in einem rechtsstaatlichen Prozess der Justiz zu zuführen

ES ist das verbrieftte Recht jedes einzelnen Staatsbürgers, den Zustand seines Staates frei zu beschreiben, solange er nicht zu Gewalt aufruft oder andere mit seiner öffentlich bekundeten Meinung, andere Menschen gruppenbezogen diskriminiert.

JA, wir müssen die politische friedliche Wende einleiten, Rechtsbrecher unter den Politikern gerichtlich belangen, ihre Antifa-Privatarmee verbieten, ihren nutzlosen Mitläufern die Jobs streichen, ihre Privilegien wegnehmen, ihre verlogenen Stiftungen und «Meinungsforschungsinstitute» entlarven, ihnen die Hoheit in den Medien durch Abschaffung der GEZ-Gebühren zerschlagen und ihnen ins Gesicht laut schreien: NICHT MEHR MIT UNS!

Imad Karim

[01] <https://www.focus.de/.../gastbeitrag-von-naika-foroutan...>

[02] https://de.wikipedia.org/wiki/Naike_Foroutan

[03] <https://www.bundestag.de/gg>

[04] <https://www.nzz.ch/.../meldestellen-wie-das-berliner...>

Quelle: https://www.facebook.com/imadkarimdeutschland/?locale=de_DE, 2. September 2023

Siehe von Imad Karim auch:

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/13/das-deutsche-leben-stirbt-ein-weck-und-aufruf-von-imad-karim-an-die-deutschen/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/10/03/sein-oder-nichtsein-wann-wehren-sich-die-deutschen-endlich-gegen-ihre-abschaffung/>

Polizeiermittler: Jeder zweite plötzliche Kindstod tritt innerhalb von 48 Stunden nach einer Impfung auf – doch darüber sprechen darf man nicht.

uncut-news.ch, Oktober 3, 2023



In einem Interview mit Steve Kirsch sagte eine ehemalige Polizeidetektivin, dass bei etwa der Hälfte der Fälle von plötzlichem Kindstod, die sie untersuchte, festgestellt wurde, dass das Kind innerhalb der letzten 48 Stunden geimpft worden war. Die Leichenbeschauper erwähnten die Impfungen jedoch nie auf den Totenscheinen, und die Ärzte seien darauf trainiert, es den Eltern zu verschweigen.

Ein ehemaliger Polizeibeamter berichtete, dass etwa 50% der 250 Fälle von plötzlichem Kindstod (SIDS), die er in sieben Jahren untersucht hatte, innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung des Kindes auftraten. Etwa 70% traten innerhalb einer Woche auf.

Sie argumentierte, dass dieses Timing beweist, dass Impfstoffe für SIDS verantwortlich sind, da die Korrelation nicht beobachtet worden wäre, wenn die Todesfälle zufällig aufgetreten wären.

Die Detektivin, die in einer «Grossstadt» mit mehr als 300'000 Einwohnern arbeitete und sich selbst nur «Jennifer» nannte, teilte ihre Geschichte mit Steve Kirsch in einem Video und einem Substack-Artikel, der letzte Woche veröffentlicht wurden.

Kirsch, ein Unternehmer und Philanthrop aus dem Silicon Valley und Geschäftsführer der Vaccine Safety Research Foundation, sagte, er habe die Polizeistation kontaktiert, in der Jennifer gearbeitet habe, um ihre Identität zu überprüfen.

Die Informationen des Detektivs könnten unabhängig in den Polizeiakten («von jeder Gesundheitsbehörde, die Zweifel hat, überprüft werden», sagte Kirsch und fügte hinzu, dass er aktiv mit der Polizeibehörde zusammenarbeite, um die Statistiken zu veröffentlichen.

Jennifer beschrieb die Politik ihrer Abteilung, bei der Untersuchung des plötzlichen Säuglingstodes «nichts unversucht zu lassen»:

Die übliche Polizeipolitik bestand darin, nach Medikamenten zu fragen ... und nach allem, was eine Person in den Momenten, Stunden, Tagen und Wochen vor ihrem Tod getan hatte ...

Also bei einem Baby: «Wann war es das letzte Mal beim Arzt? War es gesund? Hat es Medikamente oder Spritzen bekommen? Was hat es gegessen? Mit welcher Seife haben Sie ihn gewaschen?»

Der Gerichtsmediziner, an den wir häufig berichten mussten, war sehr sorgfältig in Bezug auf alles, was das Kind zu sich nahm, sei es Nahrung oder Medikamente.

Dr. Elizabeth Mumper, Präsidentin und Geschäftsführerin des Rimland Center For Integrative Medicine, sagte gegenüber «The Defender»: «Viele Berichte von Eltern über den plötzlichen Kindstod beginnen mit dem Satz: «Er war gerade beim Kinderarzt – sie sagten, er sei gesund.»

«Wenn es keinen Zusammenhang zwischen Impfungen und SIDS gäbe, wären die plötzlichen Todesfälle gleichmässig über den Monat verteilt», sagte Mumper.

«Stattdessen sehen wir eine Häufung unerwarteter Todesfälle in der ersten Woche nach der Impfung. Die Berichte von Polizisten und Ersthelfern werden durch diese veröffentlichten Daten bestätigt», fügte sie hinzu.

Impfungen werden in den Berichten der Gerichtsmediziner nie erwähnt

Trotz der umfassenden Datenerhebung durch die Gerichtsmediziner seien Impfungen in den Abschlussberichten nie als Todesursache aufgeführt oder auch nur erwähnt worden, so Jennifer Kirsch.

Es dauerte einige Jahre, bis sie den Grund dafür erfuhr. «Das liegt daran, dass es sich um ein Medikament handelt, das nicht haftbar gemacht werden kann», sagt sie und verweist auf den National Childhood Vaccine Injury Act von 1986.

«Die Tatsache, dass im Bericht des Gerichtsmediziners erwähnt wurde, dass die Eltern das Baby am Tag vor seinem Tod mit einer Baby lotion von Johnson & Johnson eingecremt hatten, die Impfstoffe aber nicht erwähnt wurden, hat sie wütend gemacht», sagt sie.

«Niemand in meinem Büro hatte eine Antwort», sagt Jennifer. «Ich fragte: «Warum schreibt der Gerichtsmediziner das nicht hier rein?» Und sie sagten: «Ich weiss es nicht.» ... Sie dachten, es sei genauso verrückt wie ich.»

The Defender berichtete kürzlich über den Fall eines Paares aus Maine, dessen sieben Wochen altes Kind einen Tag nach der Verabreichung mehrerer Impfungen starb. Der staatliche Leichenbeschauer weigerte sich, die Impfstoffe als mögliche Ursache zu untersuchen, aber ein späterer toxikologischer Bericht bestätigte, dass der Säugling giftige Mengen Aluminium im Blut hatte.

Die Verschwörung des Schweigens endet nicht bei den Gerichtsmedizinern, so Jennifer, sondern erstreckt sich auch auf die Strafverfolgungsbehörden.

Jennifer Kirsch berichtete von der Teilnahme ihres Mannes an einer Konferenz für Polizeiermittler in St. Louis, bei der Impfstoffe als mögliche Ursache für SIDS nie erwähnt wurden.

«Es gibt immer ... eine Art von Erstickungssymptom oder Gehirnblutung, die mit einem SIDS-Stempel auf einem Totenschein oder Autopsiebericht verbunden ist», sagte sie.

In Gesprächen am Rande der Konferenz räumten die Ermittler jedoch einen Zusammenhang ein. «Es ist üblich, dass Kriminalbeamte, die SIDS-Todesfälle untersuchen, zumindest wissen, dass SIDS eine Art Fehldiagnose ist», sagte sie.

Kirsch erzählte die Geschichte der forensischen Ermittlerin Helen Grus aus Ottawa, Kanada, die angeklagt wurde, weil sie den Zusammenhang zwischen plötzlichem Kindstod und Impfungen untersucht hatte.

Grus muss sich wegen Fehlverhaltens verantworten, weil sie angeblich Zugang zu Akten über Fälle von plötzlichem Kindstod hatte, an denen sie zuvor nicht beteiligt war.

Einem Bericht von «Rebel News» zufolge ging Grus Berichten nach, wonach die Rate des plötzlichen Kindstods nach der Einführung des COVID-19-Impfstoffs um das Zwei- bis Dreifache gestiegen sei.

«Sie wurde Opfer einer Hetzkampagne, die sie als das Problem darstellte und nicht die Impfstoffe», so Kirsch.

Grus wurde auch ohne Bezahlung suspendiert, weil sie sich geweigert hatte, den COVID-19-Impfstoff zu nehmen, und weil sie den Nutzen der Masken infrage gestellt hatte.

AAP schult Ärzte, um Eltern davon abzuhalten, Impfungen infrage zu stellen.

Als Jennifer und ihr Mann, der ebenfalls Polizeibeamter ist, einen Kinderarzt suchten, sprachen sie offen über ihre Bedenken hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen SIDS und Impfungen.

Schliesslich fanden sie einen Kinderarzt, der, als er von ihren Beobachtungen über den Tod von Säuglingen während ihrer Ermittlungen erfuhr, «nicht einmal seinen Gesichtsausdruck veränderte», erinnert sich Jennifer. «Er sagte: «Ich bin überhaupt nicht schockiert.»»

Er sagte: «Sie haben einen wirklich guten Grund, das [die Impfungen] nicht an Ihren Kindern durchzuführen. Und ich unterstütze jede Entscheidung, die Sie treffen», sagte sie zu Kirsch.

Aber der Kinderarzt erzählte ihnen, dass die American Academy of Pediatrics «sie eigentlich dafür ausgebildet hat, mit Eltern zu sprechen, damit sie nicht anfangen, Impfungen infrage zu stellen», sagte sie.

«Er begann viele Sätze mit: „Laut AAP darf ich das nicht sagen, aber ich lüge meine Patienten nicht an“», erinnert sie sich.

Kirsch wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen Ärzte konfrontiert werden, wenn sie glauben, dass Impfungen notwendig sind, um Krankheiten wie Polio und Meningitis vorzubeugen.

Wenn Ärzte den Zusammenhang zwischen Impfungen und SIDS zugeben würden, so Kirsch, «würde das das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Impfprogramm zerstören. Die Leute würden sich nicht mehr impfen lassen».

«Also schweigen wir im Grunde darüber», denken sich die Ärzte, spekuliert Kirsch, und «spielen die Impfmüdigkeit herunter, indem sie den Eltern sagen, es lag nicht am Impfstoff, solche Dinge passieren einfach.» «So werden sie erzogen», sagt er.

Dr. Paul Thomas, Kinderarzt und Autor von «The Vaccine-Friendly Plan: Dr. Paul's Safe and Effective Approach to Immunity and Health-from Pregnancy Through Your Child's Teen Years» (Der impffreundliche Plan: Dr. Pauls sicherer und wirksamer Ansatz für Immunität und Gesundheit von der Schwangerschaft bis zum Teenageralter Ihres Kindes), sagte dem Defender: «Kinderärzte erkennen den Zusammenhang nicht und würden SIDS nicht als impfbedingt ansehen. Sie wissen einfach nicht, was sie nicht wissen.»

Die AAP erwähnt Impfungen als mögliche Ursache von SIDS in ihrem Bericht über schlafbezogenen Säuglingstod nicht und behauptet stattdessen, dass SIDS am besten durch das folgende «dreifache Risikomodell» erklärt werden kann:

SIDS tritt auf, wenn ein Säugling mit einer intrinsischen Vulnerabilität (die sich häufig in einer Beeinträchtigung der Erregung, der kardiorespiratorischen und/oder autonomen Reaktionen äussert) während einer kritischen Entwicklungsphase einem exogenen Auslöser (z. B. einer unsicheren Schlafumgebung) ausgesetzt ist.

Die American Academy of Pediatrics empfiehlt eine sichere Schlafumgebung, um das Risiko aller schlafbezogenen Todesfälle zu verringern. Dazu gehören das Schlafen auf dem Rücken, die Verwendung einer festen, nicht geneigten Schlafunterlage, das Schlafen in einem Zimmer ohne das Bett zu teilen und die Vermeidung von weicher Bettwäsche und Überhitzung.

Die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) stellen fest, dass «Studien gezeigt haben, dass Impfstoffe nicht die Ursache von SIDS sind und auch nicht damit in Verbindung stehen».

Die Public Health Collaborative, die sich auf das Children's Hospital of Philadelphia beruft, erklärt, dass «die genaue Ursache der Krankheit unbekannt ist», dass aber «zahlreiche Studien gezeigt haben, dass Impfstoffe SIDS nicht verursachen».

Keine andere plausible Erklärung

Eine Überprüfung des Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) und der medizinischen Literatur zwischen 1990 und 2019, die den Zusammenhang zwischen Impfstoffen und SIDS analysierte, ergab, dass 75 Prozent aller Fälle innerhalb von sieben Tagen nach der Impfung auftraten.

Kirsch stellte fest, dass diese Zahl in etwa mit Jennifers Schätzung von etwa 70 Prozent bei ihren 250 Fällen übereinstimmt.

«Das ist unmöglich, wenn die Impfstoffe nicht die Ursache von SIDS sind», sagte Kirsch. «Es gibt einfach keine andere brauchbare Erklärung für diesen Zusammenhang», fügte er hinzu, «aber natürlich wird Ihre Arbeit nicht veröffentlicht, wenn Sie das sagen.»

Thomas sagte dem «Defender»: «Die Studien, die zeigen, dass die meisten SIDS-Fälle in den ersten 3–10 Tagen nach der Impfung auftreten, zeigen, dass Impfstoffe Babys töten.»

Thomas sagte, er habe in seiner pädiatrischen Praxis keine SIDS-Fälle beobachtet, wahrscheinlich, weil keine seiner Eltern ihren Säuglingen die Hepatitis-B-Impfung am ersten Tag verabreichten und die Familien sich nicht an den CDC-Impfplan hielten, sondern die Zeit zwischen den Impfungen verlängerten oder sie ganz vermieden.

In einer anderen Studie, «Deaths Reported to the Vaccine Adverse Event Reporting System, United States, 1997–2013», berichteten die CDC-Forscher: «Von den Todesfällen bei Kindern [0–17] erhielten 79,4% mehr als eine Impfung am selben Tag; bei Säuglingen ... erhielten 86,2% mehr als eine Impfung.»

Dennoch kamen die Autoren zu dem Schluss, dass die Todesmeldungen, die zwischen 1997 und 2013 an VAERS übermittelt wurden, «kein auffälliges Muster aufwiesen».

Dennoch stellten sie fest, dass es aufgrund der zunehmenden Verwendung von Impfstoffen und der Aufnahme neuer Impfstoffe in den Kinderimpfplan wichtig ist, die an VAERS gemeldeten Todesfälle weiterhin zu überwachen.

In einer Peer-Review-Studie, die in «PubMed» veröffentlicht wurde, untersuchten Forscher die Säuglingssterblichkeitsraten weltweit und fanden eine «hohe statistisch signifikante Korrelation zwischen der steigenden Anzahl von Impfdosen und der steigenden Säuglingssterblichkeitsrate».

Die Autoren berichten, dass 33 Länder eine niedrigere Kindersterblichkeitsrate haben als die USA, die von allen Ländern die höchste Impfrate aufweisen.

Mumper sagte gegenüber «The Defender»: «Der Nachweis auffälliger zeitlicher Korrelationen zwischen Impfstoffen und SIDS in einer Reihe von Studien sollte dazu führen, dass hochrangige Personen Impfstoffe als Ursache für SIDS bei einer Untergruppe von Babys in Betracht ziehen.»

Kirschs Artikel verweist auf weitere Studien, die den Zusammenhang zwischen SIDS und Impfungen bestätigen.

Ich habe gesehen, was mit Menschen passiert, die die Wahrheit sagen.

Obwohl Jennifer sich entschieden hatte, in dem Videointerview vollständig sichtbar zu sein, fragte Kirsch sie, warum sie ihre vollständige Identität bisher nicht preisgegeben habe.

Sie antwortete, dass die Offenlegung dieser Information «eine ganze Industrie lahmlegen könnte», und fügte hinzu: «Ich habe gesehen, was mit Menschen passiert, die die Wahrheit sagen.»

Sie und ihr Mann diskutierten die möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit ihrer Kinder, wenn sie ihr Wissen preisgeben würde.

Sie paraphrasierte, was Ice Cube kürzlich in einem Interview mit Tucker Carlson gesagt hatte: «Wenn du dich an die Agenda hältst, stört dich niemand, dann ist alles in Ordnung. Nur wenn du die Wahrheit sagst, bekommst du Ärger.»

Jennifer und Kirsch sprachen über die Rückschläge, die Ärzte und Krankenschwestern in den vergangenen Jahren hinnehmen mussten, weil sie die Wahrheit sagten.

«Auch die Eltern von Kindern, die durch Impfstoffe verletzt oder getötet wurden und die leidenschaftliche Aktivisten sind, werden wie Dreck behandelt», sagte sie.

Solche Eltern könnten sich wie «moderne Warner» fühlen, schrieb Mumper, da ihre Feststellungen eines offensichtlichen Zusammenhangs zwischen der Impfung und der raschen Verschlechterung des Gesundheitszustands ihrer Kinder oft als unerwünschte Neuigkeiten oder sogar als völlig unglaublich betrachtet werden.

Nicht alle Eltern erkennen diesen Zusammenhang oder wollen ihn erkennen. Jennifer sagte, sie sei sich der schwierigen Situation bewusst, in die sie einige Eltern durch ihre Aussage gebracht habe.

Sie sagte:

«Ich sehe Eltern auf beiden Seiten mit impfgeschädigten Kindern. Einige von ihnen halten so sehr an der Lüge fest, weil das Eingeständnis, dass dies wahr ist, bedeutet, dass sie am Tod oder an der Verletzung ihres Kindes beteiligt waren. Und ich verstehe das. Ich verstehe, wie schwer es ist, sich damit abzufinden.»

Der gegenwärtige medizinische Konsens über SIDS kann Eltern auch den Eindruck vermitteln, dass sie zum Tod ihres Kindes beigetragen haben.

QUELLE: POLICE DETECTIVE: 50% OF SUDDEN INFANT DEATHS HAPPENED WITHIN 48 HOURS OF VACCINATION – BUT NO ONE IS ALLOWED TO SAY IT

Quelle: <https://uncutnews.ch/polizeiermittler-jeder-zweite-ploetzliche-kindstod-tritt-innerhalb-von-48-stunden-nach-einer-impfung-auf-doch-darueber-sprechen-darf-man-nicht/>

US-Militärstützpunkte weltweit Weltweit über 900 US-amerikanische Militärstützpunkte – und alles nur für den Frieden?

Von: Christian Müller, 1. Oktober 2023

(Red.) Während die grossen Medien der NATO-Länder die eigene Politik als dem Frieden verpflichtet darstellen, zeigt die Landkarte weltweit über 900 US-amerikanische Militärstützpunkte. Auffallend sind auch zunehmende Militär-Aktivitäten im pazifischen Raum. Selbst deutsche Kriegsschiffe sind dort unterwegs. Was aber hat Deutschland dort zu suchen? Alle diese Fakten dürfen nie in Vergessenheit geraten! Es ist das erklärte Ziel der USA, die ganze Welt politisch und militärisch zu beherrschen. Aber wollen wir das wirklich? Auch in Europa? (cm)

Man schaue sich diese Karte an, auf der für jeden US-Militärstützpunkt die bekannten Daten abgerufen werden können.

Hier zum Anklicken. **(Anmerkung: <https://worldbeyondwar.org/de/no-bases/>)**



Es erscheint ein Text, dort bitte nach unten scrollen und einen Moment warten, bis die Karte erscheint, die bewegt werden kann und auf der jeder Stützpunkt angeklickt werden kann, worauf auf der rechten Seite die Daten – Grösse des Stützpunktes, Anzahl militärisches Personal, etc – abgelesen werden kann.

Zu einem älteren Artikel zum gleichen Thema. (Anmerkung: <https://globalbridge.ch/das-militaerimperium-der-usa-eine-visuelle-datenbank/>)

Quelle: <https://globalbridge.ch/weltweit-ueber-900-us-amerikanische-militaerstuetzpunkte-und-alles-nur-fuer-den-frieden/>



Ein Artikel von Gabriele Krone-Schmalz, 1. Oktober 2023 um 10:00

Welche Politik sollten wir unter den aktuellen Bedingungen gegenüber Russland verfolgen? Eigentlich müsste über diese Frage offen gestritten werden. Stattdessen werden diejenigen, die Friedensverhandlungen mit Russland fordern, als Putin-Versteher diffamiert und ausgegrenzt. Und das, obwohl es um die wichtigste Frage überhaupt geht: das friedliche Zusammenleben. Gabriele Krone-Schmalz legt eine erweiterte und aktualisierte Neuausgabe ihres Buches *Eiszeit* vor. Seit Kriegsbeginn 2022 stellt sich für viele nicht mehr die Frage, ob man, wie im Untertitel dieses Buchs, von einer Dämonisierung Russlands reden kann. Denn was kann verbrecherischer sein, als ein Land zu überfallen? Aber stimmt das so? Wer sich mit der jüngeren Geschichte auseinandersetzt, kommt nicht umhin, sich zu fragen, wer hier agiert und wer reagiert. Die NachDenkSeiten präsentieren hier einen Auszug aus dem Buch.

Zurück zum Thema denkbare Ausstiegsstrategien. Wie könnten die aussehen? Für die Krim und die östlichen Gebiete der Ukraine wird es in absehbarer Zeit keine Lösung geben, die sowohl von ukrainischer als auch von russischer Seite akzeptiert werden wird. Beide Seiten haben sich mit Maximalforderungen blockiert. Die Vorstellung, Russland habe sich diese Gebiete rechtswidrig angeeignet, also müsse es sich auch vollständig aus diesen Gebieten zurückziehen, bevor Verhandlungen überhaupt in Betracht kommen, mag nach Gerechtigkeit für die Ukraine klingen, ist aber naiv und unrealistisch. Das wissen auch die Entscheidungsträger in Washington und westlichen europäischen Hauptstädten. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als diese territorialen Fragen, so gut es geht, für eine gewisse Zeit auszuklammern und Übergangslösungen zu finden, für die es Beispiele aus der jüngeren Geschichte gibt.

Eine ernst gemeinte Ausstiegsstrategie hat es mit zwei entscheidenden Gegebenheiten zu tun. Zum einen ist der Krieg in der Ukraine keine ausschliesslich ukrainisch-russische Angelegenheit, sondern ein weiterer Stellvertreterkrieg zwischen Russland einerseits und dem politischen Westen in Gestalt der NATO beziehungsweise den USA und der EU andererseits. Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat sich dazu folgendermassen geäussert: «Russland trägt die alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Krieges, aber mittlerweile sind die USA und Europa verantwortlich für die Förderung eines Stellvertreterkrieges.» Zum anderen: So lange eine der beiden Seiten davon ausgeht, den Krieg militärisch gewinnen zu können – was immer das in der konkreten Ausgestaltung bedeuten mag –, ist die Bereitschaft zu verhandeln gering. Mittlerweile hat der Krieg allerdings eine Phase erreicht, die an Stellungskriege vergangener Zeiten erinnert, verbunden mit dem zynischen Begriff «Abnutzungskrieg».

Auf dieser Grundlage sind mindestens drei parallele Aktivitäten notwendig, um den Teufelskreis zu durchbrechen: Vermittlung von aussen zwischen den beiden direkten Kontrahenten Russland und Ukraine, internationale Zusammenkünfte angelehnt an die Schlussakte von Helsinki 1975 beziehungsweise eine Aufwertung der OSZE und schliesslich Abrüstungsverhandlungen, nachdem nahezu sämtliche Errungenschaften der Entspannungspolitik auf diesem Gebiet eliminiert wurden, meist auf Betreiben der USA. Das alles muss jemand initiieren, und es irritiert mich als Europäerin sehr, dass wahrnehmbare Aktivitäten in dieser Hinsicht im Wesentlichen von China, den afrikanischen Staaten und dem sogenannten globalen Süden ausgehen. Es irritiert mich umso mehr, als dieser Krieg in Europa stattfindet und in erster Linie Europa betrifft. Es müsste also im ureigenen Interesse der Europäer liegen, diesen Krieg zu beenden und endlich an einer verlässlichen Sicherheitsarchitektur zu bauen, die augenscheinlich Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wesentlich leichter hätte errichtet werden können als jetzt. Es nützt nichts, dem hinterherzutragen. Wenn ich allerdings an die Ergebnisse der Politik von Michail Gorbatschow denke, die eine belastbare Grundlage für den Bau eines europäischen Hauses abgegeben hätten, dann habe ich das dringende Bedürfnis, mich bei ihm entschuldigen zu wollen. Es ist sehr schnell in Vergessenheit geraten, wie hoch das Risiko war, das der damalige sowjetische Staatspräsident Gorbatschow für sein Land und nicht zuletzt für seine Familie eingegangen ist, um diese Grundlage zu ermöglichen.

Es ist ja nicht so, als gäbe es keine durchdachten Vorschläge, wie man den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden kann. Ende August 2023 ist in *Zeitgeschichte* im «Fokus», einer Schweizer Zeitschrift, ein Artikel erschienen, für den die Professoren Peter Brandt, Hajo Funke und Horst Teltschik sowie General a. D. Harald Kujat verantwortlich zeichnen. Das übergeordnete Motto liest sich so: «Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch.» Der ausführliche und mit Quellen belegte Artikel beschreibt, warum keine Seite diesen Krieg militärisch gewinnen kann. Die einzelnen Schritte der Ausstiegsstrategie werden sehr konkret in drei Phasen beschrieben: Waffenstillstand, Friedensverhandlungen, eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung.

«Der Krieg hätte verhindert werden können», heisst es an einer Stelle, «hätte der Westen einen neutralen Status der Ukraine akzeptiert (wozu Selensky anfangs durchaus bereit war), auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet und das Minsk-II-Abkommen für Minderheitenrechte der russischsprachigen Bevölkerung durchgesetzt. Der Krieg hätte Anfang April 2022 beendet werden können, hätte der Westen den Abschluss der Istanbul-Verhandlungen zugelassen. Es liegt nun erneut und möglicherweise letztmalig in der Verantwortung des «kollektiven Westens» und insbesondere der USA, den Kurs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu setzen.»

Es wird Zeit, dass auch der Letzte begreift, wie wichtig es ist, den Punkt nicht zu verpassen, an dem es kein Zurück mehr gibt, weil die Dinge eine Eigendynamik entwickeln, die sich politisch nicht mehr einfangen lassen. Angesichts der militärischen Möglichkeiten und der vollgestopften Nukleararsenale kann das nur im Desaster enden. Im Vergleich dazu dürfte sich selbst die drohende Klimakatastrophe wie ein Spaziergang ausnehmen. Die damit verbundenen Probleme haben sich dann nämlich erledigt.

Meines Erachtens haben diejenigen Recht, die sagen, es darf nicht allein der ukrainischen Regierung überlassen werden, darüber zu entscheiden, wie es weitergeht. Denn in der EU wird recht einhellig die Position vertreten, es sei unangemessen, die Ukraine zu Verhandlungen zu drängen, das sei allein die Sache dieses souveränen Staates. Diese nach aussen kommunizierte Haltung der EU ignoriert dabei die Rolle der USA. Diese wiederum wird nicht unwesentlich vom beginnenden Wahlkampf bestimmt und ist mit Blick auf das Engagement in der Ukraine alles andere als berechenbar. So oder so – es hängt viel von diesen Entscheidungen ab und es droht eine Situation, in der die Risiken nicht mehr beherrschbar sind. Und noch einmal: Das alles spielt sich in Europa ab, in unmittelbarer Nachbarschaft unseres eigenen Landes. Auch Aussagen wie die folgende von Alfred de Zayas, US-amerikanischer Völkerrechtler und ehemaliger UN-Beamter im Menschenrechtsrat, zuständig für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, verdienen Gehör: «Sowohl Amerikaner wie auch Europäer haben kein Recht, das Überleben des Planeten wegen einer innereuropäischen Querele aufs Spiel zu setzen. Für den durchschnittlichen Afrikaner, Asiaten oder Lateinamerikaner ist es völlig unerheblich, ob die Krim zu Russland oder zur Ukraine gehört. Darüber dürfe sich niemals ein Atomkrieg entfachen.»

All die Anstrengungen, die unternommen werden, umfunktionierende politische Lösungen zu erarbeiten – meist in den sogenannten Massenmedien nicht zu finden und im Politikbetrieb in der sogenannten Mitte auch nicht – haben natürlich nur eine Chance, wenn der politische Wille da ist. Dazu gehört die Bereitschaft, aus diesem Teufelskreis von Hass und Vergeltung auszubrechen. Danach sieht es im Moment nicht aus. Da empfiehlt sich ein Blick auf andere Länder. Nach Jahrzehnten der Apartheidpolitik in Südafrika, die mit unvorstellbaren Grausamkeiten verbunden war, hat dieses Land mithilfe einer Versöhnungskommission einen Neuanfang geschafft. In Spanien war es ein «Pakt des Vergessens», um nach den Verbrechen der Franco-Diktatur neu anfangen zu können. Im Februar/März 2020 gab es tatsächlich auch in der Ukraine Diskussionen um eine solche Versöhnungsplattform, in der «Kontinental-Ukrainer» und die Ukrainer im Donbas aufeinander zugehen sollten. Ideengeber war damals ein freiberuflich tätiger Berater des Sekretärs des Nationalrates für die Sicherheit und Verteidigung mit Namen Serhij Sywocho. Diese Initiative wurde allerdings sogleich als prorussisch diffamiert und verhindert.

Ich würde mir wünschen, dass junge Menschen, die mit ihrem Engagement im Kampf gegen den Klimawandel Gesellschaften weltweit aufgerüttelt haben, das Thema Frieden entdecken und sich dafür mit der gleichen Kraft einsetzen. Über die Meinungen, wie man das am besten macht, darf und muss gestritten werden. Von der allseits anerkannten Publizistin Hannah Arendt stammt die weise Erkenntnis, dass die Pluralität der Meinungen der Motor der Demokratie ist. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=104523>

Nach 80 Jahren wieder deutsche Landser in der Ukraine Deutsche Soldaten in der Ukraine. Die deutsche «Führung» scheint unfähig zu sein, Risiken zu erkennen, geschweige denn zu beurteilen.

Peter Hänseler, FR 29 SEP 2023



Deutsche Landser im Panzer – 1941 Ukraine

Statt im Tiger im Leopard: Deutsche Landser in der Ukraine

Am Samstag, 23. September berichteten russische Medien, dass ein russischer Aufklärungstrupp an der Front um Saporoschje einen ukrainischen Leopard-Panzer mit einer Panzerabwehrrakete zerstörten.



Tiger und Leo II – Quelle: Wikipedia

«Nicht schiessen!»

Die Aufklärer untersuchten den Panzer und stellten fest, dass der Fahrer als einziger noch am Leben war. Als er die russischen Soldaten erkannte, fing er an zu schreien: «Nicht schiessen!» Das kommt nicht selten vor in einer solchen Situation. Doch dieser Panzerfahrer tat das so, wie es hier steht, also auf Deutsch. Der russische Truppführer verstand deutsch. Er befahl den Fahrer zu bergen und zu versorgen. Der Sanitäter gab aufgrund der Schwere der Verletzungen den deutschen Soldaten nur noch wenige Minuten. Der Truppführer sprach mit ihm und erfuhr dabei, dass die gesamte Besatzung aus deutschen Soldaten bestand. Sie seien keine Söldner, sondern Angehörige der deutschen Bundeswehr. Zur Bestätigung nannte der Sterbende seine Einheit und wo sie stationiert gewesen sei. Es ist davon auszugehen, dass diese Information vor der Veröffentlichung mehrfach überprüft wurde. Und ebenso darf als gesichert angenommen werden, dass dieser Vorfall Einfluss auf die weitere Planung der russischen Militärführung haben wird.

Befindet sich die NATO im Krieg mit Russland?

Diese Frage stellte unser Blog bereits anfangs Februar im Artikel «Schlafwandler am Werk: Der 3. Weltkrieg hat wohl bereits begonnen». An dieser Stelle zitiere ich aus diesem Artikel einen Satz:

«Die Antwort auf die Frage, ob Krieg herrscht, ergibt sich allein aufgrund des Handelns der Parteien und nicht aufgrund derer Aussagen.»

VOICEFROMRUSSIA – FEBRUAR 2023

Es gibt Definitionen, ab wann sich Staaten im Krieg befinden. Doch wenn wir uns diese anschauen und mit dem Handeln der deutschen Regierung vergleichen, so kann mit Fug und Recht behaupten, dass Deutschland seit Februar 2022 eine rote Linie nach der anderen überschritten hat. Jede dieser Übertretungen können als Kriegsbeitritt gewertet werden.

So schrieb die Tagesschau bereits am 2. Mai 2022:

«Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei beziehungsweise Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.»

DEUTSCHE TAGESSCHAU – 2. MAI 2022

Diese Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages stammt vom März 2022. Trotz dieser Expertise fasste die Bundesregierung unmittelbar darauf den Beschluss zur Ausbildung ukrainischer Soldaten an deutschen Panzern.

Die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in den NATO-Armeen läuft seit langem auf Hochtouren. Deutschland spielt dabei eine Schlüsselrolle. Sei es im unter amerikanischer Kontrolle stehenden Grafenwöhr, sei es direkt bei der Bundeswehr: Ausbildung an Panzern vom Typ Leopard 1 und 2 und Flugabwehrpanzer Gepard – deutsches Gerät, Schweizer Munition.

Zurück zum zerstörten deutschen Panzer mit deutscher Besatzung vor Saporischschja. Über diesen Vorfall wurde in den sich als führend bezeichnenden Medien Deutschlands kein Wort verloren.

Aufgrund der «Qualität» der führenden Medien in Deutschland kann man jedoch in keiner Weise daraus schliessen, dass dieser Vorfall nicht stattgefunden hat.

«Nicht Söldner, sondern offizielle deutsche Truppen kämpfen in der Ukraine.»

Es ist davon auszugehen, dass diese Information nicht zufällig in offiziellen russischen Medien veröffentlicht wurde. Damit ist die Nachricht in der Welt. Das deutsche Verteidigungsministerium wird sich hüten, dieses tragische Ereignis offiziell zu thematisieren, geschweige denn zu bestätigen. Denn damit wäre die Katze aus dem Sack. Nicht Söldner, sondern offizielle deutsche Truppen kämpfen in der Ukraine.

An dieser Stelle sei noch an ein Ereignis vom Juni 2023 erinnert; auch vom Frontabschnitt Saporoschje. Damals kursierte im Internet das folgende Video: https://t.me/Ubersicht_Ukraine_Kanal/30404

Zu sehen ist ein ukrainischer Panzer Leopard 2 A6. Die Aufnahmen werden von einem Besatzungsmitglied während der Fahrt gemacht. Ins Bild kommt auch der Kommandant. Dieser trägt eine deutsche Bundeswehruniform. Auch seine Körperhaltung und -sprache erinnert eher an einen Deutschen als einen Ukrainer. Dieser Vorfall wurde von den deutschen Medien ebenfalls nicht aufgegriffen.

Befindet sich somit Deutschland im Krieg mit Russland?

Es spricht vieles dafür, dass die deutsche Regierung offenbar nicht nur geneigt ist, weitere rote Linien zu überschreiten, sondern dies bereits getan hat.

Wenn sich die Eingangsmeldung als wahr herausstellen sollte, dann steht zu befürchten, dass der Konflikt weiter eskalieren könnte.

In einem Interview vom Ex-CIA-Analysten Larry Johnson vom 25. September 2023 schloss dieser auf Grund der Politik der NATO und insbesondere auch der europäischen NATO-Mitglieder nicht aus, dass sich die Kampfhandlungen auf Polen und Deutschland ausweiten könnten (ab 22:30 min).

Es scheint der deutschen Regierung und all den anderen Regierungen der NATO-Staaten offenbar vollständig das Verständnis dafür abhanden gekommen zu sein, dass es nicht an ihnen ist zu bestimmen, ob sich Deutschland oder die NATO mit Russland im Krieg befindet. Derjenige, der das zu bestimmen hat, sitzt im Kreml.

Das westliche Politpersonal sollte sich besinnen und alles dafür tun, dass die Diplomatie in den Stand versetzt wird, Probleme und Streitigkeiten mit anderen Staaten auf Augenhöhe am Verhandlungstisch zu lösen, damit der russische Präsident die oben gestellte entscheidende Frage nicht eines Tages bejahen muss.

«Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen, man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.»

ABRAHAM LINCOLN (1809–1865)

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/nach-80-jahren-wieder-deutsche-landser-in-der-ukraine/>

Das grosse Geschäft mit dem Krieg

von Manlio Dinucci, VOLTAIRE NETZWERK | ROM (ITALIEN) | 26. SEPTEMBER 2023

Historiker sind es gewohnt, manche Kriege als Investitionsoperationen zu beschreiben. Der Krieg in der Ukraine bricht jedoch alle Rekorde. Seine Verfolgung hat keine andere Bedeutung als das Geschäft, das er erlaubt.



Nach seinem Auftritt bei den Vereinten Nationen, bei dem er deklamierte, dass «die russische Aggression über die Ukraine hinausgehen könnte», bat Selensky den US-Kongress um weitere Milliarden Dollar. Dieser hat bisher 43 Milliarden Dollar an «Hilfe für die Sicherheit der Ukraine» finanziert, also für direkt militärische Zwecke. Mit anderen Mitteln, die offiziell für humanitäre Zwecke gewährt wurden, aber in Wirklichkeit für den Krieg verwendet wurden, übersteigt der Betrag, den Washington Kiew zur Verfügung stellt, weit über 70 Milliarden Dollar. Nun hat das Weisse Haus den Kongress erneut um 24 Milliarden Dollar für die Ukraine

gebeten. Darüber hinaus kommen noch mehr als 30 Milliarden US-Dollar dazu, die von der Europäischen Union an Kiew gespendet wurden, sowie Dutzende Milliarden von Grossbritannien, Deutschland, Japan, Kanada, Polen, den Niederlanden, Norwegen, Dänemark, Schweden, Frankreich und Italien.

Dieser riesige Fluss öffentlicher Gelder aus den Taschen der Bürger befeuert in der Ukraine das, was die «New York Times» als «geheimes und unbekanntes Waffengeschäft» bezeichnet. Milliarden Dollar landeten in den Taschen hochrangiger Beamter in Kiew, und die Regierung musste den Minister und seine sechs stellvertretenden Verteidigungsminister wegen Korruption entlassen. Diese korrupten Menschen sind in Wirklichkeit Sündenböcke für eine viel grössere Korruption. Präsident Selensky selbst hat konstante Prozentsätze (formell an einen Partner übertragen) in drei Unternehmen, die in Steueroasen gegründet wurden, und er hat Luxusvillen in verschiedenen Teilen der Welt (zuletzt in Ägypten) für zig Millionen Dollar gekauft.

Die riesigen Militärgüter, die die Ukraine von den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten erhält, werden nicht geschenkt, sondern auf Kredit bereitgestellt. Die Ukraine hat also eine solche Auslandsverschuldung angehäuft, dass sie Jahrhunderte bräuchte, um sie zurückzuzahlen. Diese Schulden werden mit dem «Wiederaufbau», den Selensky in die Hände der grössten US-Investmentgesellschaft der Welt, BlackRock gelegt hat, weiter steigen.

«Die Investitionen in die Ukraine zahlen sich enorm aus», sagte der demokratische US-Senator Richard Blumenthal. Wir haben die NATO geeint. Wir haben dazu beigetragen, das Vertrauen in die moralische und militärische Führung der USA wiederherzustellen. Und das alles, ohne dass ein einziger US-Soldat verwundet oder getötet wurde.» «Der Hauptgrund weiterhin der Ukraine zu helfen», sagt Mitch McConnell, Vorsitzender der republikanischen Fraktion im US-Senat, «sind kalte, harte und konkrete amerikanische Interessen.»

Kurze Zusammenfassung der internationalen Presseschau von Grandangolo Pangea vom Freitag, 22. September 2023 um 19:30 Uhr auf dem italienischen Sender Byoblu

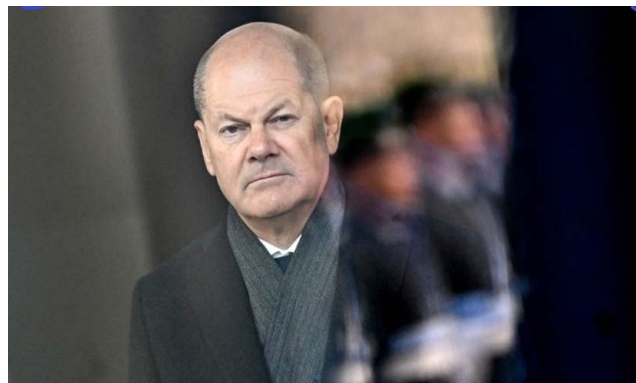
Der Leser (auch wenn er nicht italienisch spricht) wird sehr davon profitieren, sich das vollständige 26-minütige Video anzusehen, das im obigen Text kurz vorgestellt wird. Der Autor gibt umfangreiche und präzise Informationen dank Grafiken, Tabellen, Bildern und Videos (vor allem in englischer Sprache und mit italienischen Untertiteln), die grösstenteils aus der US-Presse stammen und wenig Verdacht auf prorussische Komplizenschaften haben, die wir in unseren sogenannten nationalen Medien selten zu sehen bekommen.

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219741.html>

Dass russische Fernsehen über den Unterschied zwischen Nawalny und Chrupella

von Anti-Spiegel – Thomas Röper, 9. Oktober 2023 05:00 Uhr

Als Nawalny angeblich vergiftet wurde, hat die Bundesregierung ein Spezialflugzeug geschickt. Als Chrupella möglicherweise vergiftet wurde, hat die Bundesregierung sich bestenfalls darüber lustig gemacht. Das fand man beim russischen Fernsehen bemerkenswert.



Die wahrscheinliche Vergiftung von Tino Chrupalla wurde auch in Russland beobachtet, wobei russischen Medien aufgefallen ist, wie unterschiedlich sich die Bundesregierung verhält, wenn «führende Oppositionelle» in Russland und in Deutschland vergiftet werden. Das war aber nicht das einzige, was dem Deutschland-Korrespondenten des russischen Fernsehens in der politischen Woche in Deutschland und Europa aufgefallen ist, weshalb ich seinen Bericht, der am Sonntag im wöchentlichen Nachrichtenrückblick des russischen Fernsehens gezeigt wurde, auch diese Woche wieder übersetzt habe.

Übersetzung:

Der Ukraine kann nichts mehr helfen.

Zu den Fragen, die in Deutschland schon viel zu lange unbeantwortet geblieben sind – beispielsweise, wer hat die Nord Stream gesprengt? –, wird wohl eine weitere hinzukommen: Was ist mit Tino Chrupalla passiert? Der Co-Vorsitzende der AfD, ein stämmiger 48-jähriger Mann, wurde von einer Wahlkampfveranstaltung in Ingolstadt in Bayern direkt ins Krankenhaus gebracht.

Unmittelbar vor dem Vorfall hatte Chrupalla Fotos mit Leuten gemacht, die zu der Kundgebung gekommen waren. Vor Ort wurde eine verdächtige Spritze gefunden, mit der dem Politiker eine Substanz injiziert worden sein könnte, die nach Zeugenaussagen eine Art anaphylaktischen Schock auslöste, wie er bei akuten allergischen Reaktionen auftritt.

Und was geschah dann?

Wahrscheinlich hat die Bundesregierung, wie bei Nawalny, ein Spezialflugzeug mit einer medizinischen Kapsel geschickt, um das Opfer abzuholen? Vielleicht wurde er in Begleitung von Polizei und Feuerwehr in die Charité gebracht? Vermutlich hat die Bundesregierung eine Erklärung abgegeben, in der es hiess, dass so etwas gegen den «wichtigsten Kritiker von Scholz» nicht hinnehmbar sei?

Ja und nein. Der bayerische Innenminister bezeichnete den Aufruhr der AfD als «verabscheuungswürdigen» Versuch, aus dem Wahlkampf Kapital zu schlagen, ohne den Abschluss der Ermittlungen abzuwarten. Ach, wie sich nun zeigt, macht man das so: Man wartet erst die Ermittlungen ab und macht erst danach Lärm. Allerdings drängen sich in diesem Fall schon von Anfang an einige Rückschlüsse auf.

«Wir wissen, dass AfD-Politiker in großer Gefahr sind, und diese Gefahr steigt bei Wahlveranstaltungen. Und hier gibt es eindeutig einen politischen Hintergrund», sagte der Journalist Gunnar Schupelius. Die Ärzte haben Spuren einer Injektion an Chrupalls Oberarm gefunden, aber es war nicht möglich, die Art der Substanz zu bestimmen, mit der der Politiker vergiftet wurde. Sicher war es kein Nowitschok, aber diese Art von versteckten Giften, möglicherweise mit verzögerter Wirkung, gibt es im Arsenal der Geheimdienste.

Der Deutschlandkurier hat dazu eine originelle Version: «In westlichen Geheimdienstkreisen wird spekuliert, dass der ukrainische Geheimdienst hinter dem angeblichen Anschlag mit der Spritze auf AfD-Sprecher Tino Chrupalla stecken könnte. Er ist strikt gegen deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine, hat immer wieder darauf gedrängt, die Details der Nord-Stream-Sprengung aufzuklären und er hat die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland gefordert.»

Ja, was? Die Nord-Stream-Explosionen bringen sie mit der Ukraine in Verbindung. Wenn nötig, schiebt man ihr auch Tino Chrupalla in die Schuhe.

Obwohl es auch andere Varianten geben kann. Man kann es auf anarchistische Linksradikale und auf die AfD selbst schieben, nach dem Motto, die AfD wollte provozieren. Jedenfalls muss man eines verstehen: Die Ermittlungen werden unter der vollen Kontrolle der politischen Gegner der AfD, für die es nicht gut läuft, stattfinden. Bei den heutigen Wahlen in Bayern und Hessen kommt Scholz Partei auf mickrige 17 Prozent im einen und 9 Prozent im anderen Fall. Die Wähler geben den Sozialdemokraten die Schuld an den Misserfolgen, an der Armut, denn selbst in den reichen Bundesländern gibt es zu viele eigene Arbeitslose und Arme, und die Flüchtlinge aus der Ukraine werden zu einer zu grossen Last.

«Eine vierköpfige Familie aus der Ukraine bekommt in Tübingen zwischen 3200 und 3500 Euro, darum hat sie sicher keinen Anreiz, arbeiten zu gehen. Das liegt weit über dem Durchschnittslohn nach Steuern. Wir haben einfach den falschen Weg eingeschlagen. Das müssen wir korrigieren», sagt Joachim Walter, der Vorsitzender eines Landkreistags in Baden-Württemberg.

In diesem Jahr ist die Verschuldung der Kommunen – und bei Landtagswahlen treten ihre Probleme in den Vordergrund – explodiert. Und was wird noch kommen? Die ganze Tiefe von Baerbocks nächster verrückter Fantasie, die gesamte Ukraine in die europäische Bilanz aufzunehmen, ist bei den Deutschen noch gar nicht angekommen. Wie üblich steht Baerbocks Pioniereifer im Widerspruch zur Realität. Aber das ist ihr egal, vor allem vor den Fernsehkameras. Und erst recht in Kiew, wo sie versprach, dass das «Freiheitsbündnis» EU bald von Lissabon bis Lugansk reichen wird.

In dieser Woche kamen fast alle EU-Aussenminister an den Dnjepr: Die Polen ignorierten das Treffen aus wahltaktischen Gründen, die Ungarn ignorierten es aus Prinzip und die Schweden aus irgendeinem anderen Grund, denn Tobias Billström stellte an der ukrainischen Grenze fest, dass er seinen Pass zu Hause vergessen hatte und Selenskys Laune leider nicht durch seine Anwesenheit aufheitern konnte. In Kiew ist man ohne eindeutige Garantien der amerikanischen Finanzierung verzweifelt. Aber ohne die USA, so zeigt sich, kann Europa es nicht schaffen.

«Die Hoffnung der Ukrainer und die Hoffnung aller, die nicht wollen, dass Putin diesen Krieg gewinnt, ist, dass die USA ihre Entscheidung überdenken und die Ukraine weiterhin unterstützen. Natürlich kann Europa die USA nicht ersetzen», erklärte EU-Chefdiplomat Josep Borrell.

Aber Europa kann für Unterhaltung sorgen. In dieser Woche kam es über die Frage, wer von beiden der Chef ist, erneut zu einem öffentlichen Streit zwischen Michel, dem Präsidenten des Europäischen Rates, und von der Leyen, der Präsidentin der EU-Kommission. Es begann damit, dass Michel der Ukraine den Beitritt zur EU im Jahr 2030 versprochen hatte. Von der Leyen konnte das nicht hinnehmen, weil sie meint,

dass ihre Behörde für solche Versprechungen zuständig ist, und antwortete ihm: «Der Prozess der Aufnahme neuer Mitglieder wird ausschliesslich auf der Grundlage der Verdienste der Kandidatenländer erfolgen, es wird keine Gefälligkeiten geben.»

Jean-Claude Juncker, der frühere Chef der EU-Kommission, versuchte, sich in den Streit zwischen den heute Amtierenden einzumischen: Beide hätten Unrecht, es gebe keinen Grund, die Ukraine zu täuschen. Eine EU-Mitgliedschaft komme nicht in Frage dafür sei das Land zu korrupt. Bestenfalls gibt es ein wenig vom europäischen Tisch.

Aber auch das natürlich nicht bei der ersten Forderung. Die Botschafter der «freien Welt» konnten sich nicht auf die Zuweisung von fünf Milliarden Euro an Kiew einigen, die Kiew dringend braucht.

Das waren Grüsse aus Budapest und Warschau. Der polnische Aussenminister Zbigniew Rau sagte: «Unsere Beziehungen zur Ukraine treten in eine Phase ein, in der ihre Wiederherstellung herkulische Anstrengungen erfordern wird. Ich werde der ukrainischen Regierung nicht sagen, was zu tun ist. Die Haltung der polnischen Gesellschaft gegenüber der ukrainischen Politik ist, gelinde gesagt, erschüttert.»

Schauen wir mal, was Warschau nach den Parlamentswahlen am 15. Oktober sagen wird, aber jetzt nutzen alle die Müdigkeit der Polen in der Ukraine-Frage aktiv aus.

Im Gegensatz zu Polen hat man offen versucht, Ungarn zu kaufen, da man dessen traditionelle Haltung gegenüber dem Selensky-Regime kennt. Für die fünf Milliarden Euro hat die Ukraine die ungarische OTP-Bank von der Liste der Sponsoren der russischen Aggression gestrichen, was Orban immer erreichen wollte. Aber das allein ist nun nicht mehr genug, denn die Umstände haben sich geändert.

Die EU-Kommission versprach Budapest 13 Milliarden aus der EU-Kasse, die wegen seines schlechten Benehmens eingefroren wurden, damit er im Gegenzug dem Plan der europäischen makrofinanziellen und militärischen Unterstützung für Kiew bis 2027 zustimmt. Und vielleicht hätte Orbán zugestimmt, aber Brüssel hat das auch noch mit dem Thema der gerechten Verteilung illegaler Einwanderer verbunden. Aber für den ungarischen Premierminister ist das der Punkt, bei dem jedes Gespräch endet, wie er erklärte: «Es gibt keine Chance auf einen Kompromiss beim Migrationsabkommen, das ist politisch unmöglich. Nicht heute, nicht in den nächsten Jahren. Denn wir werden juristisch vergewaltigt. Und wenn man juristisch vergewaltigt wird, wenn man gezwungen wird, etwas zuzustimmen, was einem nicht gefällt, wie will man dann zu einem Kompromiss, zu einem Abkommen kommen? Das ist unmöglich.»

Daher kommt das Ergebnis, oder besser gesagt, das Fehlen eines Ergebnisses. Das Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft im spanischen Granada, ein Format, das Macron als Trostpflaster für diejenigen erfunden hat, die in der Warteschlange vor der Tür der EU schmachten, endete mit einer totalen Pleite. Sie trafen sich lediglich für das Gruppenfoto.

«Das Gefühl der Sinnlosigkeit dieses informellen Gipfels erreichte den Höhepunkt, als der Organisator des Treffens, Spanien, in letzter Minute die geplante Pressekonferenz absagte, die von etwa 700 Journalisten erwartet und als Höhepunkt des Treffens angesehen wurde», schreibt Politico.

Selensky fuhr nach Granada, um wie üblich um Waffen und Geld zu bitten. Aber so wie früher, als die Waffen kostenlos waren und das Geld verschenkt wurde, läuft es nicht mehr. Diese Woche sagte der französische Verteidigungsminister Lecornu direkt, dass der Ukraine-Konflikt schliesslich eine neue Chance für den französischen militärisch-industriellen Komplex sei, die es zu nutzen gelte, um Profit zu machen. Andererseits ist der Westen bereits daran gewöhnt, die Ukraine als billiges Verbrauchsgut zu betrachten, das man nicht verteuern sollte.

«Natürlich ist die Unterstützung der Ukraine ein billiger Weg, um sicherzustellen, dass Russland mit seinem Regime keine Bedrohung für die NATO-Verbündeten darstellt», sagte die niederländische Verteidigungsministerin Kaja Ollongren bei einer Konferenz in Warschau.

Doch selbst wenn Europa die Waffenlieferungen an Selenskys Regime drastisch erhöhen wollte, würde das kaum klappen. Jeder schreibt heute darüber, dass alles, was geliefert werden konnte, bereits geliefert worden ist. Die Produktion zu erhöhen, ist nicht möglich. Hinzu kommen natürlich politische Erwägungen.

Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová hat diese Woche das nächste Militärhilfepaket blockiert, und zwar aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen, die die Partei von Robert Fico gewonnen hat, der ein Gegner jeglicher Hilfe für die Ukraine ist. Und das muss man respektieren.

Darüber hinaus versuchte die deutsche Regierung in dieser Woche, die Erwartungen auf mögliche Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine zu dämpfen. Olaf Scholz begründete das so: «Wir treffen eine Entscheidung über Unterstützung immer erst nach sorgfältiger Abwägung. Wir wägen alle Aspekte ab. Dazu gehört insbesondere, dass wir natürlich garantieren müssen, dass es nicht zu einer Eskalation des Krieges kommt und dass Deutschland nicht Teil des Konflikts wird. Das sicherzustellen ist meine Aufgabe als Bundeskanzler.»

Scholz steht von innen und aussen unter Druck, von den eigenen und den ausländischen Falken, die wollen, dass Deutschland so schnell wie möglich ein neues Niveau der Schwierigkeiten erreicht. Aber es scheint, dass die Analysen der Situation im Bundeskanzleramt die Schlussfolgerung erzwingen, dass die Taurus der Ukraine nicht helfen werden. Oder noch härter: Ihr wird überhaupt nichts mehr helfen. Der denkwürdige

Rausch im Frühling wegen der Möglichkeit, Russland die gewollte strategische Niederlage beizubringen, war gross. Umso heftiger wird der Kater sein.

Die Regierung Scholz fand sich in einer sehr schwierigen Situation wieder. Einerseits steckt sie bereits bis zum Hals im Ukraine-Konflikt – und das gibt denen Argumente, die auf die Lieferung neuer Waffensysteme nach Kiew drängen –, andererseits ist ihr klar, dass sie mit Russland reden muss, und zwar nicht aus der Position, die sie sich erhofft hatte. Und das wirkt abschreckend.

Im Ergebnis stellt das, was die Regierung tut, also niemanden zufrieden – weder die Befürworter einer Eskalation noch die Befürworter einer aktiven Diplomatie. Die Bild-Zeitung hat eine Umfrage gemacht, die erbracht hat, dass 98 Prozent der Deutschen der Meinung sind, dass die derzeitige Koalition überhaupt nichts im Griff hat.

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heutäe weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

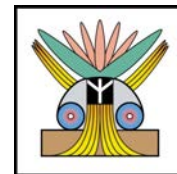


© FIGU 2023
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy